

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1914**

110 (13.5.1914)

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 s., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 65 s.; am Postfach Nr. 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 1/2 Uhr. Postfachkonto Nr. 2850. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 s. Lokalinsertate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 11 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

### Materialismus.

Karlsruhe, 11. Mai.

Das Vergnügen, ein Deutscher zu sein, muß gegenwärtig ziemlich teuer bezahlt werden. Das wird auch der staatsbehaltendste Untertan nicht leugnen. Wir wollen hier nicht unterjochen, in welchem Verhältnis unsere Leistungen an den Staat zu denen des Staates gegen uns stehen. Wir wollen auch weder behaupten, daß die Zugehörigkeit zur Nation anderswo kostenlos sei, noch wollen wir nach Mitteln forschen, wie diese Abgaben des Einzelnen etwas zu erniedrigen wären. Uns kommt es hier auf gar nichts an, als auf die Feststellung, daß der zu entrichtende Betrag in der Tat nicht gering ist.

Das merkt man besonders in diesem Jahre, wo der Steuerbote, der uns die Forderungsettel für Staats-, Stadt- und Kirchensteuern bringt, noch einmal mehr in unser Haus tritt, um den Mehrsteuerzettel zu überreichen. Man merkt es auch täglich an den Ausgaben für den Haushalt. Wir leben durchaus in keinem Scharaffenland, das uns zu einer leichten Existenz verhilft und uns ermüdete, eine idyllische Note in unser Leben zu bringen. Der Vater Staat hat uns alle wichtigen Lebensmittel veräußert und hat es soweit gebracht, daß jedesmal, wenn der kleine Mann seine Börse zieht, auch ein paar Pfennige für ihn abfallen. Ein Ginfinken in gleichgültige Sorglosigkeit wäre in unserer Zeit so völlig unangebracht, daß es den Ruin des Bekleideten mit seiner ganzen Familie nach sich zöge.

Wer darum seiner Pflicht gegen Familie und Staat ordnungsgemäß nachkommen will, ist gezwungen, jede Erwerbsmöglichkeit zu erfassen und bis auf den Grund zu erschöpfen. Von einem Lazzarone kann der Staat keine Steuern erheben. Und das ist es doch, was er an dem Bürger vorwiegend schätzt. Er liebt vornehmlich die Reichen, die guten Steuerzahler, die Leute von Besitz und verleibt ihnen allerhand Vorrechte. Guldigt der Staat damit nicht selbst dem krafftesten Materialismus? Wenn nun der Staatsbürger notgedrungen die Rolle des Materialismus aufnimmt, die ihm der Staat zuschiebt, so sollte die Regierung Gott danken, daß das deutsche Volk noch über so viel Fleiß, wirtschaftlichen Sinn und sittlichen Ernst verfügt. Wie wäre es denn, wenn der Teil des deutschen Volkes, dem es trotz härtester Anstrengung aller Kräfte und Sinne unmöglich ist, sein Leben besser zu gestalten oder Erparnisse für seine Kinder zu machen, in jene verzweifelte Apathie und Untätigkeit, in jenen dumpfen Fatalismus versänke, in dem vor Beginn der französischen Revolution der gedrückte französische Bauer dahinvegetierte? Das Gesetzer über den zunehmenden Materialismus der unteren Schichten — gegen den der obere hat man nichts einzuwenden — scheint uns also sehr unbedeutend, wenn es von den Organen des Staates ausgeht.

Im Hinblick auf welche Tatsachen soll man sich denn ermuntern fühlen, seiner Lebensanschauung eine idealere Richtung zu geben? Der Staat zeigt wenig Sinn für die idealen Bedürfnisse und Wünsche des Volkes. Der Anblick unserer geistigen Kultur müßte einen Menschen, der nur dem Guten und Idealen lebte und dabei zufrieden wäre, abschrecken. Befriedigt etwa die Justiz den Sinn für Gerechtigkeit? Berücksichtigt die Verwaltung unsere angeborene Freiheitsliebe? Genügt die Volksschule dem Drang nach Geistesbildung? Entspricht die Handhabung der Polizei unserm Gefühl für Menschenwürde?

Die Erziehung des Volkes von oben gestattet dem Einzelnen einfach keine andere Lebensauffassung, als die des Materialismus, wenn er nicht unter die Häher kommen will. Wenn ein Regierungsmann vom Ministertisch aus das Volk wegen des Materialismus abtanzelt, so verlebt er sich selbst eine Ohrfeige. Er sollte seine geistreichen und temperamentvollen Reden an die Regierung richten und nicht über eine Verirrung des Volkes klagen, von der der Staat frühstückt.

Nicht minder lächerlich klingt der Vorwurf des Materialismus aus dem Munde der Kirche. Wenn es wahr ist, daß der Mensch im Affekt seinen wahren Charakter verrät, so haben die Geistlichen der beiden christlichen Bekenntnisse bei der Austrittsbewegung ihre materialistische Seele in winzigen wertiger Weise enthüllt. Sie versuchten und versuchten noch, durch allerlei Schifanen und Mänke die Freigedankten in der Kirche zu halten, durch Erhöhung des Austritts, durch Erhöhung der Austritts-sporkeln auf 100 Mk. usw. In Baden verkündete der Kultusminister, daß freireligiöse Lehrer im Dienst behalten würden. Damit dies aber nicht als Ermunterung zum Austritt betrachtet werden könne, droht er gleichzeitig, er werde die Zahl der freigesetzten Lehrer nicht überhandnehmen lassen und werde dann einen Teil derselben pensionieren! Mit diesen und anderen Maßnahmen ist klar und deutlich ausgesprochen, daß die Kirche auf die Gläubigkeit ihrer Mitglieder nicht reflektiert. Sie mögen Heuchler und Freimaurer sein, sie mögen ihre Kirchenpflichten, Osterbeichte usw. unterlassen, wenn sie nur äußerlich sich noch zu der großen Herde bekennen. Die Kirche ist von einer rükren-

den Großherzigkeit, sie begnügt sich auch mit der widerwilligen Zugehörigkeit, mit dem bloßen Schein der Gläubigkeit.

Und warum? — Von solchen „Christen“ kann sie noch immer Kirchensteuern erheben. Wenn darin nicht auch für den Frömmsten ein unumwundenes Bekenntnis zum größten Materialismus liegt, dann wanken alle logischen Begriffe. Diese Blöde läßt sich auch nicht demänteln; die Geistlichen wissen nichts zu erwidern auf den Vorwurf, daß sie Heuchler bewußt züchten, daß sie lieber Heuchler unter ihrer Herde haben wollen, als diese Leute ganz verlieren. Und diese Leute entblöden sich nicht, auf das im schweren Erwerbskampf fromme Volk zu schelten, daß es im Materialismus ver-

### Zweihundert und dreizehn.

111 + 102 = 213. Hundertzwei geeinigte Sozialisten sitzen in der neuen französischen Kammer, hundertelf Mitglieder die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstags, zusammen zweihundertdreizehn Sozialdemokraten in den Parlamenten von Paris und Berlin! Diese Addition ist kein leeres Zahlenspiel. Denn die Hundertelf von hüten und die Hundertzwei von drüben gehören zusammen, sie fühlen sich als zwei Teile ein und desselben Stammes, sie sind vereint der Ausdruck einer starken politischen Macht. Im Reichstag sah man am Montag viele Gesichter, in denen sich Freude und Stolz spiegeln, und wie die Abgeordneten so empfinden es auch die Millionen ihrer Wähler draußen im Lande: das ganze deutsche Proletariat ist stolz und froh über den Sieg der französischen Brüder, der geeinigten Sozialisten Frankreichs, mit denen wir deutschen Sozialdemokraten uns im Rahmen der Internationale zu höherer Einheit zusammenfinden.

Zweihundertdreizehn Männer sitzen fortan, in gleiche Hälfen geteilt, in den Parlamenten von Paris und Berlin, zweihundertdreizehn Männer, die den dauernden Frieden, die volle endgiltige Versöhnung der beiden Völker auf ihre Fahne geschrieben haben. Und hinter ihnen stehen die Millionen deutscher und französischer Arbeiter von Begeisterung erfüllt für das gemeinsame Ziel, den Tag erwartend, an dem erschütternde Massenjubel zweier Völker den Sieg der großen Idee verkünden wird.

Ist es soweit? Heißblütige Ungeduld möchte uns ein triumphierendes Ja über die Lippen drängen. Aber die Sorge, Erregung durch übereilten Optimismus zu gefährden und grausame Enttäuschungen heraufzubeschwören, mahnt zu rednerischer Vorsicht. Noch sind die Feinde des Friedens stark, noch sind Rückschläge, Ueberrumpelungen nicht ganz unmöglich. Dennoch: man kann es sich nur schwer vorstellen, daß der Ausbruch eines Krieges überhaupt noch denkbar sein könnte zwischen zwei Völkern, die durch die Wahlen von 1912 und 1914 ihrem gemeinsamen Friedenswillen in so überwältigender Weise Ausdruck gegeben. Man kann es sich nur schwer vorstellen, daß eine Regierung hüten oder drüben den wahrhaftigen Mut finden könnte, einer mehr als hundertköpfigen sozialistischen Fraktion das Wort „Krieg!“ ins Gesicht zu schreien. Jede der beiden Regierungen wird wissen, daß ein Versuch, gegen das benachbarte Volk die Hand zu erheben, auf einen jäh verblühenden Widerstand im Parlament stoßen und daß dieser Widerstand ungeheure Massen des Volkes mit sich fortziehen würde. Wer von hüten oder drüben wollte es also wagen, unter solchen Umständen mutwillig das Schicksal herauszufordern?

Auf alle Fälle ist der Sieg der geeinigten Sozialisten ein ungeheurer Gewinn für den europäischen Frieden. „Die Woche“ so läßt sich das „Berliner Tageblatt“ aus Paris telegraphieren, „hat eine amtliche Niederlage des französischen Chauvinismus gebracht. Sie bringt einen eklamanten Sieg der friedlichen und deutschfreundlichen Gruppe Laurés... Die Herrschaft in der neuen Kammer bleibt den beiden, noch durch den Sieg verstärkten großen demokratischen Parteien, die mit Deutschland Frieden, Verträglichkeit, ja Versöhnung wünschen.“ So ist es in der Tat. Denn der zahlenmäßige große Einfluß unserer französischen Fraktion wird noch verstärkt durch die politische Konstellation. Die immer noch stärkste Partei der Kammer, die geeinigte radikale Partei, hat ihre Herrschaft gegen die Gruppen zu ihrer Rechten verteidigt, sie ist bei der Fortsetzung dieses Verteidigungskampfes auf die Vertreter der Arbeiterklasse angewiesen. Schon jammert die reaktionäre Pariser Presse, daß die regierende radikale Partei durch die Wahlen in die „Rechtschaft der Sozialisten“ geraten sei. Riebt man ab, was an agitatorischer Uebertreibung in dieser Behauptung steckt, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß die französische Regierungspolitik genötigt sein wird, auf den verstärkten Einfluß der Sozialdemokratie in der Kammer Rücksicht zu nehmen. Daß sie sich durch Förderung chauvinistischer kriegslustiger Tendenzen in einen Kampf auf Leben und Tod mit der Sozialdemokratie stützen könnte, das übersteigt alle Phantasie, das liegt außerhalb aller realpolitischen Möglichkeiten.

Frankreich ist, dank der Arbeit der internationalen Sozialdemokratie, nach den Wahlen friedliebender, der Versöhnung geneigter denn je. Aus dieser Tatsache erwachsen aber auch dem deutschen Proletariat die stärksten politischen Verpflichtungen. Der Einfluß seiner Vertreter im Reichstag ist trotz der größeren Zahl nicht so groß und unmittelbar, wie es der Einfluß der französischen Sozialdemokratie in der Kammer sein wird. Was dem deutschen Proletariat infolge der unglücklichen Verfassungsverhältnisse an parlamentarischer Kraft fehlt, wird es durch die Kraft seiner Organisation und seiner Presse ersetzen müssen. Mehr denn je ist es Pflicht jedes Einzelnen, sich selber mit dem großen Gedanken der deutsch-französischen Völkerversöhnung zu durchdringen und ihm überall begeisterte Anhänger zu gewinnen.

Was hier angestrebt wird, ist nur ein Teil der ungeheuren Aufgabe, die sich die internationale Sozialdemokratie gestellt hat. Sinter dem Großen, zu dem wir uns von beiden Seiten zukämpfen, steht noch viel Größeres. Aber verfolgte die Sozialdemokratie nichts als dieses eine Ziel, das uns durch die französischen Wahlen um so viel näher gerückt ist, so lohnte es sich schon, um dessentwillen aus ganzen Herzen Sozialdemokrat zu sein.

Der Sieg der französischen Brüder ist auch unser Sieg! Es lebe Frankreich, das Vaterland der Revolution! Es lebe die geeinigte deutsche und französische Sozialdemokratie!

### Deutsche Politik.

Die Verhaftung eines Hauptlings der Duala.

Der Rechtsvertreter der Duala-Regen, der Berliner Rechtsanwalt Dr. Galpert, teilt der Presse mit, daß er seinem Vertreter in Duala am Sonntag nachstehendes Telegramm gesandt habe: „Regierung veröffentlicht Kameruner Telegramm. Bruder Wells habe Joja und andere Hauptlinge Aufruhr gegen Deutschland angeschlossen England aufgehebt. Drahtet Wahrheit.“ Darauf ist die folgende Antwort eingelaufen: „Wells verhaftet. Begründung Hochverrat. Küstenschutz. Enteignungsakten beschlagnahmt.“

Zu dieser Antwort bemerkt Dr. Galpert: „Man sieht, es wird im letzten Augenblick noch mit allen Mitteln gearbeitet, um den Reichstag zur Bewilligung der Regierungsforderung zu bringen. Rudolf Well, der erfahrene und klügste Mann des Dualavolkes, der weitaus beste Kenner der ganzen Enteignungsangelegenheit, wird wegen „Hochverrats“ verhaftet, das heißt kaltgestellt und sein gesamtes Aktenmaterial in Sachen der Enteignung wird beschlagnahmt. Alle psychologische Erwägung spricht dagegen, daß Rudolf Well, den ich aus eigener umfangreicher Korrespondenz und dem Studium der Akten als einen durchaus besonnenen Menschen kennen gelernt habe, in dem Augenblick zu einem unsinnigen politischen Erzech übergegangen sein sollte, wo er sehnlichst die Entscheidung des Reichstags über die Lebensfrage seines Volkes erwartet. Seine ganze Arbeit seit einem Jahr war auf die sachliche Vorbereitung dieser Reichstagsverhandlungen gerichtet, und da sollte er den Erfolg seiner ganzen Tätigkeit durch „Hochverrat“ gefährden?“

Offenlich wird der Schleier, der über dieser Aktion noch ruht, im Reichstag bald gelüftet. Wenn es richtig ist, was Dr. Galpert annimmt, daß die Regierung sich auf die Meldung schwarzer Spitzel gestützt haben könne, so muß dagegen schnell und entschlossen eingeschritten werden. Der will die Regierung zu dem bisherigen Unrecht, das gegen die Duala verübt wurde, noch ein Menschenmorden sich anschließen lassen?

Die Duala-Affäre soll diesen Dienstag im Reichstag zur Verhandlung kommen.

Die Bureaufrauten-Postkutsche.

Nachdem die Budgetkommission am Samstag ihre Arbeiten erledigt hatte, nahm der Wirkliche Geheim Legationsrat Dr. Kriege (Direktor im Auswärtigen Amt) das Wort, um seinen Chef, den Staatssekretär v. Jagow, herauszuheben. Es handelte sich um die fast ungläubliche Geschichte, daß Einsprüche, die durch fremde Gesandtschaften gegen die Heranziehung von Ausländern zur Mehrsteuer beim Auswärtigen Amt eingelaufen waren, bis zu 14 Tagen „lagerten“, allenfalls noch dem Reichsamt des Innern zuzugingen, aber an die maßgebende Stelle, das Reichs-Schaßamt, selbst dann noch nicht gelangt waren, als schon die ganze Presse von den Einsprüchen und ihrer Herkunft zu berichten wußte. So kam Herr Schaßsekretär Kühn in die Lage, von diesen Dingen, die bereits allbekannt waren, „amtlich“ noch immer nicht unterrichtet zu sein! Dr. Kriege gab allerlei Daten, Erklärungen, Erklärungen und Entschuldigungen zum besten, ohne daß es ihm gelingen konnte, die Tragikomödie in ein völlig geordnetes Bureaufrauten-Schauspiel umzuwandeln.

Da nach Ansicht des Vorsitzenden Dr. Spahn eine Diskussion über die geheimrätlichen Mitteilungen nicht zulässig war, so kündete Genosse Ledebour fürs Plenum eine

6,75  
7,50  
6,75  
6,75  
8,50  
10,50  
9,50  
10,50  
12,50  
6,50  
8,50  
95

2,50  
1,35  
95  
1,75  
28  
1,75  
75  
1,25  
38  
68

%  
tt

igerung.

20. Mai  
9 Uhr u.  
12 Uhr an.  
Berungstafel  
Anonimitt.

erung der  
fänder  
Nr. 21683  
tatt.  
stotal wird  
teigerungs-

am Ber-  
am Nach-  
enden Tages  
901

at 1914.

tskaffe.

ns  
in neuen  
35 u. 40  
ns v. 55  
Volker-  
Schüler-  
947

Europa  
et und  
st  
remo

lal

desto tiefer dringende Besprechung dieser ans Zeitakter der Postkarte erinnernden Vorgänge an.

12 Tage Stubenarrest für eine Soldaten-Mißhandlung.

Vor dem Kölner Kriegsgericht hatte sich der Hauptmann Kracht vom Infanterie-Regiment Nr. 65 wegen Mißhandlung Untergebener zu verantworten. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß der Hauptmann einen Soldaten derart ins Gesicht geschlagen hatte, daß der Mann ledere Zähne davontrug. Weitere Einzelheiten blieben verborgen, da die Öffentlichkeit während der ganzen Dauer der Verhandlung wegen angeblicher Gefährdung dienstlicher Interessen ausgeschlossen war. Das Urteil lautete auf 12 Tage Stubenarrest.

Der Reichstheater-Gesetzentwurf.

Der Entwurf eines Reichstheatergesetzes ist nunmehr soweit fertiggestellt, daß er dem Bundesrat in nächster Zeit vorgelegt werden kann. Hierzu wird noch gemeldet: In dem Entwurf sollen auch privatrechtliche Angelegenheiten der Theaterangestellten und Bühnenmitglieder, zu denen die Puffler zu rechnen sind, eine Regelung finden. Es haben zweimal Vernehmungen von Vertretern der beteiligten Kreise stattgefunden, wobei in den wesentlichsten Fragen Übereinstimmung erzielt wurde. Nur in gewissen Punkten der Kostümfraße, namentlich hinsichtlich der Befreiung moderner Kleidung, gingen die Ansichten auseinander. Ebenfalls bezüglich des Engagements mit unterlegtem Kontrakt.

Politisch — unpolitisch.

Während Polizei und Gerichte bestrebt sind, jeden Arbeiter-Sänger, Turn-, Radfahrerverein, Bildungs- und Jugendausschuß für politisch zu erklären, sind diese Behörden von einer merkwürdigen Kurzsichtigkeit, wenn es sich um evangelische oder katholische Arbeitervereine handelt. In Schlesien z. B. beschuldigen sich die beiden Richtungen der katholischen Arbeitervereine selber, daß sie Politik in den Verein seit langem getragen haben. Pfarrer Zimmer und Pfarrer Gottschlich in Neurode erklären zu der Sache, die gegen die Oppersdorferichtung in ihren Vereinen getrieben wird, daß die Funktionäre und Mitglieder ihrer Vereine stets treu fürs Zentrum eingetreten sind, man solle die Vorwürfe unterlassen, denn „wir weigern uns entschieden, unsern Verband zu einer politischen Organisation humpeln zu lassen.“

Darauf entgegnete die im Zentrumslager stehende „Neisser Zeitung“:

„Ist denn der Pfarrer Zimmer auf dem Monde gewesen, haben diese „erkatholischen Herren denn keine Ahnung, daß ja gerade die Berliner Verbandsleitung und auf ihre Veranlassung zahlreiche Funktionäre ganz entgegen dem Verbandsstatuten sich in Politik eingelassen haben und es bis zur Stunde noch tun? ... Die Verbandsleitung selber hat durch ihre Einmischung in die Politik den Verband beinahe zu einer politischen Organisation gemacht.“

Beide Teile geben also zu — natürlich einer für den andern Teil —, daß sie stark Politik, ja fast nur noch Politik in den katholischen Arbeitervereinen treiben, aber kein Staatsanwalt, kein Polizeimeister ist zu sehen, der den Herren so dreinredet, als wir uns das gefallen lassen müssen.

In den Augen der Behörden bleiben die Herrschaften unpolitisch — wofür hätten wir das gleiche Recht für alle!

Ausland.

Frankreich.

Die Annahme der sozialistischen Stimmen in Frankreich. In einer übersichtlichen Darstellung zeigt die „Humanité“ den Fortschritt der sozialistischen Stimmengahl seit 1910. Damals wurden unter rund 8 1/2 Millionen Stimmen 1 100 000 sozialistische gezählt, das sind 12,85 Prozent. Auf 1000 Stimmberechtigte wurden 77 Stimmen abgegeben, davon 677 für bürgerliche und 98 für sozialistische Kandidaten (nicht gerechnet natürlich die „sozialistischen Republikaner“, die „sozialistisch-radikalen“ und manche andere, die mit dem Worte „sozialistisch“ bürgerliche Reformtendenzen und oft genug nicht einmal diese

bezeichnen. Auf 6,9 bürgerliche Stimmen kam eine sozialistische. Nach dem Verhältnis der abgegebenen Stimmen hätte die Partei Anspruch auf 76 Mandate, während sie 72 erhielt.

Diesmal sank die Gesamtstimmengahl auf 8 1/2 Millionen; 765 auf 1000 Stimmberechtigte, während die sozialistischen Stimmen auf 1 298 000, also um 288 000 zunahm. Auf 1000 Stimmberechtigte entfielen nur noch 642 bürgerliche, dagegen 353 sozialistische Stimmen; 16,08 auf 100 abgegebene Stimmen. Jetzt kommen nur noch 6,22 bürgerliche Stimmen auf eine sozialistische. Der Stimmengahl würde einer Zahl von 97 Vertretern entsprechen. In 66 Departements hat das Stimmenverhältnis sich verbessert, während es in 8 anderen gleich blieb und in 17 sich verschlechterte. 1910 gab es noch 48 Departements mit weniger als 60 sozialistischen Stimmen auf 1000 Wahlberechtigten, jetzt nur noch 22. Mehr als 100 Stimmen auf 1000 eingetragene Wähler wurden 1910 in 25, jetzt in 32 Departements gezählt. Departements ganz ohne sozialistische Stimmen gab es damals 6, jetzt 4. Die Zahl der Departements mit 20-30 Prozent stieg von 8 auf 9, die mit über 30 Prozent der Wahlberechtigten von 1 (Mier mit 30,7) auf 3 (Ardennen: 30,8, Mier 30,8, Haute Vienne 37,8). Im Departement du Nord stieg das Stimmenverhältnis von 26 auf 29,1; im Seine-Departement mit Paris von 214 auf 260. Die Fortschritte sind am größten im mittleren und im südöstlichen Frankreich, in denen der Widerstand der bäuerlichen Bevölkerung gegen das Dreifachgesetz am stärksten war. Es sind ferner, wie Genosse Jubereuil hervorhebt, vornehmlich die demokratischsten Teile des Landes, die schon am längsten dem republikanischen Gedanken anhängen, die dem Sozialismus am zugänglichsten sind.

Die sachverständige Kammer nach den Wahlen:

Table with 2 columns: Party name and number of seats. Includes Vereinigte Sozialisten (101), Vereinigte Radikale der Gruppe Gallaux (161), Radikale und Sozialistisch-Radikale (88), Unabhängige Sozialisten (88), Progressiven (62), Liberale (37), Republikaner der Linken (64), Konservativen (35).

Nord-Amerika.

Der Protest der Sozialisten gegen den mexikanischen Krieg. Die Sozialisten der Vereinigten Staaten haben einen energischen Kampf gegen den Feldzug nach Mexiko begonnen. In Manhattan und Brooklyn (Newport) haben die sozialistischen Frauen demonstriert, ebenso die Parteiorganisationen von New York und Philadelphia, der Gewerkschaftsbund von Chicago, der Verband der jüdischen Gewerkschaften und eine Reihe anderer großer Organisationen. Am 28. April fand eine große Kundgebung in der Carnegie Hall, Newport, statt. Dort sagte Ch. Edward Russell: „Alle Revolutionen, die in den letzten Jahren in Mexiko gespielt haben, ebenso wie der jetzt begonnene Krieg, sind die unmittelbare Wirkung der kapitalistischen Rivaltäten, die sich den mexikanischen Markt streitig machen. Im gleichen Sinne sprach Fred D. Warren, der Leiter der „Appeal to Reason“, und Morris Hillquit, Mitglied des Internat. sozialist. Büros, nannte Rodefeller und seine Spießgesellen die einzigen Verantwortlichen für den mexikanischen Krieg und die Greuel in Colorado.“

Im „Appeal to Reason“ heißt es in einem Artikel mit der Überschrift: „Wir wollen den Krieg nicht“, falls es Wilson und Bryan um den Schutz der amerikanischen Ehre zu tun sei, müßten sie, statt sich um Huerta zu kümmern, die Verfassung und die Würde der Vereinigten Staaten in den Colorado-Bergwerken zur Geltung bringen. Und Eugen W. Debs schreibt im Newporter „Call“: „Der Krieg in Colorado geht das amerikanische Volk viel mehr an als der Konflikt mit Mexiko. Die furchtbaren Grausamkeiten, die unsere Soldaten in der letzten Woche unter unserer Flagge begangen haben, sind eine Schande für unser Land und ein Verbrechen gegen die Zivilisation. Wenn die amerikanische Flagge es zuläßt, daß man Frauen mordet und Kinder verbrennt, hat nicht allein Huerta das Recht, sie zu verachten, sondern jeder amerikanische Bürger, der sich selbst achtet, wird sie mit Abscheu verdammen.“

Diese Haltung unserer Genossen hat in Mexiko Sympathie gefunden, namentlich bei der kleinen Gruppe Parteigenossen, die in der Stadt Mexiko die Zeitung „El Socialista“ herausgeben und stets unter den größten Gefahren die Verbreitung des Bürgerkrieges wie das Treiben der ausländischen Kapitalisten bekämpft haben. „So finden sich“, sagt Fabra Ribas in der „Humanité“, „wie im Balkanregime heute in Amerika, in Mexiko wie in den Vereinigten Staaten mutige Stimmen, die im Namen der Gerechtigkeit und der Menschheit den Krieg bekämpfen und für den Frieden streiten. Es sind die Stimmen unserer Genossen, die wieder einmal vor dem Gewissen der Welt bekunden, daß der Sozialismus heute die einzige Macht in der Welt ist, die den Frieden und die Zivilisation verteidigt.“

Die Götter dürsten.

Roman aus der französischen Revolution. Von Anatole France.

14 (Fortsetzung.) (Nachdr. verb.)

Fünftes Kapitel.

Um neun Uhr morgens traf Evarist sich im Luxembourgsgarten mit Elodie, die auf einer Bank saß und wartete.

Seit dem Austausch ihrer Liebeschwüre war ein Monat verstrichen, und sie sahen sich täglich im „Amor als Maler“ oder in Gamelins Atelier. Beide waren sehr zärtlich, aber bei aller Vertraulichkeit von einer gewissen Zurückhaltung, dank dem ersten und tugendhaften Charakter des Liebhabers, der als Geist und guter Bürger seinen Liebesbund nur vor dem Gesetz und vor Gott allein (je nach den Umständen) besiegeln wollte, und dies nur am hellen Tage und in aller Öffentlichkeit. Elodie erkannte die Ehrbarkeit dieses Entschlusses wohl an, aber bei den schier unüberwindlichen Schwierigkeiten eines Ehebandes und ihrem Vorhats, die Konventionen zu wahren, träumte sie von einem heimlichen, dezenten Verhältnis, das durch seine Dauer schließlich geheiligt würde. Eines Tages hoffte sie die Bedenken dieses allzu ehrsamem Liebhabers zu überwinden. Aber sie wollte es nicht länger hinauschieben, ihm ein notwendiges Geständnis zu machen, und zu dem Zweck hatte sie ihn zu einer längeren Zwiegespräche in den menschenleeren Garten beim Kartäuserkloster bestellt.

Sie blickte ihn zärtlich und aufrichtig an, ergriff seine Hand, zog ihn neben sich auf die Bank und sprach mit ruhiger Gestalt:

„Ich achte Sie zu sehr, Evarist, um Ihnen irgend etwas zu verheimlichen. Ich glaube, ich bin Ihrer würdig. Ich wäre es nicht mehr, wenn ich Ihnen etwas verhehlte. Hören Sie mich also an und seien Sie mein Richter. Ich habe mir nichts Niedriges, Gemeines oder auch nur

Eigennütziges vorzudenken. Ich war nur schwach und leichtgläubig. . . Vergessen Sie nicht, mein Freund, unter welchen schwierigen Umständen ich lebe. Sie wissen es ja, ich hatte keine Mutter mehr; mein Vater war noch jung und dachte nur an sein Vergnügen. Um mich kümmerte er sich nicht. Ich war gemüthlos; die Natur hatte mir ein zärtliches Herz und eine edelmütige Seele gegeben. Freilich auch ein sicheres und gesundes Urteil; aber das Gefühl war stärker in mir als der Verstand! Ach! es gewänne noch jetzt die Oberhand, wenn nicht alle beide, Evarist, mich zu reflexer, ewiger Singabe an Sie drängten!“

Sie drückte sich bestimmt und gemessen aus; ihre Worte waren zurechtgelegt. Seit langem war sie entschlossen, ihm ein Geständnis zu machen, denn sie war offenerherzig; sie gefiel sich in der Nachahmung Rousseaus und war auch so klug, sich zu sagen: „Evarist wird eines Tages doch alles erfahren. Ich bin nicht allein die Hülferin meines Geheimnisses, und so ist es besser, wenn ich ein freiwilliges Geständnis ablege, das mich nur ehren kann, anstatt daß er es eines Tages zu meiner Schande erfährt.“ Bei ihrem zärtlichen Gemüt und ihrer Singabe an die Natur fühlte sie sich nicht sehr schuldbehaftet, und so fiel dies Geständnis ihr denn um so leichter; übrigens wollte sie nur das Nötigste sagen.

„Ach!“ seufzte sie, „warum kamen Sie nicht zu mir, lieber Evarist, in jenen Stunden, wo ich allein und verlassen war? . . .“ Gamelin hatte ihren Wunsch, den Richter zu spielen, zu wörtlich gefaßt. Von Natur oder durch seine literarische Bildung zur Ausübung der häuslichen Gerechtigkeit veranlagt, erwartete er Elodies Beichte. Sie zauderte und er nickte ihr ermunternd zu.

Sie sagte ohne Umschweife: „Ein junger Mann, der schlechte mit guten Eigenschaften verband, aber nur diese zeigte, fühlte sich zu mir hingezogen und umwarb mich mit einer für ihn erstaunlichen Beharrlichkeit. Er stand in der Blüte der Jahre, war voller Anmut und mit reizenden Frauen liiert, die

Argentinien.

Der sozialistische Wahlsieg in Buenos-Ayres. Am 22. März errangen unsere argentinischen Genossen einen großen Wahlsieg, über den erst jetzt nähere Nachrichten vorliegen. Die Erneuerung der Kammer erfolgt dort alle zwei Jahre zur Hälfte. Die Wahlpflicht besteht für alle männlichen Staatsbürger über 18 Jahren. Bisher gehörten der Kammer unter 86 Abgeordneten 4 Sozialisten an, von denen jetzt zwei ausscheiden. In der Hauptstadt Buenos-Ayres standen unseren Genossen drei Parteien gegenüber: Konstitutionelle (Merikale), Bürgerpartei (Mintiferelle) und Radikale. Die sozialistische Liste kam bei der Wahl weit an die Spitze. Sie erhielt über 43 000 Stimmen, während die Radikalen 37 000, die Bürgerpartei 20 000, die Konstitutionellen 13 000 aufbrachten. 88 Prozent der Stimmen entfielen also auf die Sozialisten, die außer den beiden Ausschließenden 6 neue Abgeordnete durchbrachten, jedoch nur die sozialistische Fraktion aus 9 Mitgliedern besteht. Dabei war Kampf sehr heftig, da die Gegner weder Geld noch Verleumdungen sparten und aus der Tatsache, daß von den Aufgestellten einer italienischer, ein anderer russischer Herkunft ist, den „baterlandlosen“ Charakter unserer Partei nachweisen wollten. Trotzdem wurden beide gewählt. — Der glänzende Sieg hat in ganz Südamerika starken Eindruck gemacht. Die Arbeiterzeitungen in Uruguay, Brasilien und Chile begrüßen ihn mit Begeisterung. So wird der große eiserne Ring bald um die ganze Erde geschlossen sein.

Badischer Landtag.

Die heutige Sitzung war der Fortsetzung der Beratung des Kultusetats und des Dotationsgesetzes gewidmet. Der Fortschrittler Muser beschäftigte sich vor allem mit der Denkschrift des Erzbischoflichen Ordinariats, deren Angriffe auf die Gewissensfreiheit er entschieden zurückwies. In kurzen, temperamentoollen Ausführungen kritisierte Genosse Kolb die merkwürdige Stellung der Nationalliberalen zur Dotationsfrage und dann namens der Fraktion die ablehnende Stellung zum Kultusetats und zu den Dotationen zu begründen, dabei wirkungsvoll die Inkonsequenz der jetzigen Lage konstatierend. Der Zentrumsgewählte Dr. Schofer redete vor allem der Autorität das Wort, während sich der nationalliberale Parteichef Rebmann für die Gewissensfreiheit aussprach, gleichzeitig verjüngend, die Annahme des Dotationsgesetzes als im Wesen der in der Staatsmacherei notwendigen Kompromisse liegend, zu begründen. Gegen allzu üppige Kirchenbauten sprach sich der fortschrittliche Abg. Dr. Gönner aus, um hierbei als Doutscher seiner Fraktion die Dotationen zu befürworten, damit die Hoffnungen, die das Zentrum auf ihn gesetzt hatte, erfüllend. Abschließend sprach Herr Muser noch auf dem Plan um wirkungsvoll gegen das Zentrum wegen der Dotationsfrage zu polemisieren. Die Ausführungen Musers schienen beim Zentrum stark einzuschlagen. Denn Herr Kolb, der ihm antwortete, redete sich abweichend von seiner sonstigen Rhetorik in eine starke Aufregung hinein damit allerdings nicht die Richtigkeit seiner Ansichten beweisend. Nach verschiedenen persönlichen Bemerkungen vertagte sich das Haus auf Mittwoch, an dem die Kultusdebatte zu Ende gehen dürfte.

72. Öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

gr. Karlstraße, 11. Mai.

Präsident Kohlhaupt eröffnet die Sitzung um 9 Uhr. Ein Regierungstisch: Minister Dr. Böhm und Kommissäre. Eingänge: Petitionen der beteiligten Gemeinden um Erbauung einer normalspurigen Nebenbahn von Osterburken über Rechingen usw. nach Vorberg-Wöhlchingen; der Gemeinderäte von Remben nach Umrichtung einer staatlichen Kraftwagenlinie Mühlheim-Kandern-Steinen-Schopfheim; der Gemeinde Neudorf um Erziehung einer Schule daselbst; der Diener der Ministerien und Zentralstellen um Verbesserung ihrer Lage anlässlich der Revision des Gehaltsstarfs.

Fortsetzung der Beratung über Kultusetats und Dotationsgesetz.

Abg. Muser (Fortschr.): will zuerst einige Bemerkungen über das Verhältnis von Staat und Kirche machen. Es wäre nicht nötig, daß sich die Gegenüber der Parteien persönlich ausprechen. Sie (zum Zentrum) haben mich doch in Ihre Herz ein-

aus ihrer Bewunderung für ihn kein Hehl machten. Weder seine Schönheit noch sein Geist taten es mir an. . . Er rührte mein Herz durch die Liebe, die er mir bezeugte, und ich glaube, er liebte mich wirklich. Er war zärtlich und diensteifrig. Ich verlangte nichts als sein Herz, und dieses Herz war unbeständig. . . Ich klage mich allein an; ich lege eine Beichte für mich ab, nicht für ihn. Ich beschwöre mich nicht über ihn, denn er ist mir fremd geworden. Ach! Evarist, ich schändete es Ihnen, er ist für mich nicht mehr auf der Welt!“

Sie schwieg. Gamelin gab keine Antwort. Er verschränkte die Arme und starrte finster vor sich hin. Er dachte an seine Geliebte und an seine Schwester Julie. Auch die hatte einem Liebhaber ihr Ohr geliehen! Aber darin, so meinte er, unterschied sie sich sehr von der unglücklichen Elodie, daß sie sich hatte entföhren lassen, nicht im Tummel eines zärtlichen Gemüts, sondern um in der Fremde Luxus und Vergnügen zu finden. In seiner Stittensfrenge hatte er die Schwester verdammt, und nun neigt er dazu, über seine Geliebte den Stab zu brechen. Mit sanftem Tonfall fuhr Elodie fort:

„Mein Kopf war angefüllt mit Philosophie. Ich glaubte, die Menschen wären von Natur redlich. Zu meinem Unglück war mein Liebhaber nicht durch die Schule der Natur und Moral gegangen, und die sozialen Vorurteile, der Ehrgeiz, die Eigenliebe, ein falsches Ehrgefühl, hatten ihn selbstsüchtig und treulos gemacht.“

Diese berechneten Worte verfehlten ihre Wirkung nicht. Gamelins Augen blühten milder.

„Wer war Ihr Verführer?“ fragte er. „Kenne ich ihn?“

„Nein.“

„Wie heißt er?“

Diese Frage hatte sie vorausgesehen, und sie war entschlossen, sie nicht zu beantworten. Sie gab ihre Gründe an.

„Ersparen Sie es mir bitte, seinen Namen zu nennen. Ich habe schon zu viel gelagt, zu viel für mich wie für Sie.“

(Fortsetzung folgt.)

geschlossen. Dies bemerke ich am besten, wenn ich spreche. Wir würden es aufs schroffste zurückweisen, wenn eine Gemeinschaft wegen ihrer Religion zurückgesetzt wird. Dies gilt auch von den Katholiken. Wir würden gegen eine Zurücksetzung der Katholiken bei uns entschieden Front machen. Das in der Debatte erwähnte Buch von Kost enthält bedauerliche und skandalöse Verdächtigungen der protestantischen und jüdischen Konfession. Es heißt darin, daß die Katholiken gegen den Materialismus besser geschützt seien und der Katholizismus ein härteres Bewußtsein gegen die heutigen Gefahren verschaffe. Es wird darin behauptet, die protestantische und jüdische Religion verschaffe besser die Anpassung an den heutigen Materialismus. Ein derartiges Buch kann man nicht als Grundlage nehmen und empfehlen, wie es die andere Seite wünscht. Wäre dies von unserer Seite geschehen, so hätte es sofort geheißen: Nieder mit den Kirchenfeinden! Auch zur

**Klosterfrage**

müssen wir uns äußern, wenn es auch der „Rechtsstehenden Vereinigung“ unangenehm ist. Wir wollen sehen, wie es uns ergehen würde, wenn wir diese Frage so angegriffen hätten, wie Herr Benschbach. Wir fragen, was hat der Staat zu tun auf Grund der Verfassung? Wir sagen da, wir haben die Gewissensfreiheit und den Paragraphen, daß alle Staatsbürger gleiche Rechte haben. Der Staat hat nicht Bestimmungen zu kontrollieren, sondern Handlungen. Wir fragen nicht, ob die Kirche die Jesuiten braucht. Wir verlangen nicht nur die Gewissensfreiheit, sondern die religiöse Freiheit. Ein Kulturstaat darf keinerlei Deminution für religiöse Handlungen bereiten. Die offizielle Kirche stellt sich auf den gleichen Standpunkt wie der Jesuitismus. Ich glaube, Bader sagte einmal, daß auch er ein Jesuit sei. (Seitertzeit.) Dies soll kein Scherz sein. Und ich glaube, wenn man den Kollegen Schöfer fragen würde, ob zwischen ihm und einem Jesuiten ein Unterschied wäre, so würde er stolz sagen: Ich bin ein echter und rechter Jesuit. (Seitertzeit.) Es hat auch keinen Sinn, den Jesuiten das Reden zu verbieten. Wenn ich Kultusminister wäre, würde ich sowohl den Jesuiten, wie den Freireligiösen gegenüber anders verfahren als er. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß sich die Orden des Staatsgesetzes unterwerfen müssen, daß sie dem Vereinsgesetz unterliegen usw.

**Die Denkschrift des erzbischöflichen Ordinariats**

steht direkt an den Grundpfeilern unseres Staates. Sie ist ein Vorstoß gegen die Denk- und Gewissensfreiheit. Vor 30 und 40 Jahren wären in einem solchen Fall die Intellektuellen aufgestanden wie ein Sturm. Wo sind diese heute? Wir haben in Wirtschaftsfragen gelernt, aber in Kulturfragen ist ein Rückschritt eingetreten. Wir nehmen uns der Kapuziner an, nicht weil sie Kapuziner sind. Wir nehmen uns aller Menschen an, weil sie Menschen sind, weil sie Staatsbürger sind. In der katholischen Kirche herrscht die Autorität. Der moderne Staat hat die größte Revolution vorgenommen, indem er die Denk- und Gewissensfreiheit zu seinem Fundament machte. Von diesem Standpunkt aus kommen wir zur Forderung der Trennung von Staat und Kirche. Heute ergreift der Staat Partei und fördert eine Weltanschauung auf Kosten der anderen. Der moderne Staat ist kein christlicher Staat, aber auch kein antichristlicher. Es handelt sich daher um die Frage: für oder wider den modernen Staat? Die Denkschrift des erzbischöflichen Ordinariats ist ein bedauerliches aber charakteristisches Kronzeugnis gegen die Gewissensfreiheit. Sie (zum Zentrum) begründet ihre Wünsche für die Jesuiten doch auch auf die Denk- und Gewissensfreiheit. Durch die Vorschläge der Denkschrift wird die Wissenschaft mundtot gemacht. In aller Öffentlichkeit wird darin der Versuch gemacht, die Gewissensfreiheit von der theologischen Beurteilung abhängig zu machen. Wenn der Staat diesen Angriff auf sein Fundament ruhig hinnimmt, dann muß er abdanken. Diese Denkschrift hat auch das Phantasma der gemeinsamen christlichen Weltanschauung zerstört. Wir proklamieren die Trennung von Kirche und Staat schon, als wir noch zum Zentrum bei den Wahlen unterstellt wurden. In dieser Forderung kann daher keine Religionsfeindschaft liegen. Die Kirche hätte auch Vorteile von der Trennung von Kirche und Staat. Im Jahre 1869 erklärte sich die Vorgängerin des heutigen Zentrums in Baden gegen Begünstigungen der Kirche und unter gegebenen Umständen für die Trennung von Kirche und Staat. Auch sonst erklärten sich Anhänger von dem Zentrum für die Trennung. Für einen Moralunterricht müßte die Kirche eigentlich dankbar sein. Wir wollen, daß Staat und Kirche in voller Freiheit nebeneinander stehen. (Beifall links.)

**Hg. Kolb (Soz.):**

Ich werde die Stellung meiner Fraktion zum Kultusetat und zur Dotationsfrage ganz kurz präzisieren, weil wir uns ja schon tagelang mit der Materie selbst beschäftigt haben. Der Herr Kollege Muser hat eben an der Hand der Broschüre, die das erzbischöfliche Ordinariat über die Freireligiösen herausgegeben hat, nachzuweisen versucht, daß

**die Kirche einen durchaus intoleranten Standpunkt**

einnimmt. Er hat damit recht; aber Vorwürfe sind in dieser Beziehung nicht gegen die Kirche, sondern gegen den Staat und die Staatsverwaltung zu richten. Die Kirche ist von Haus aus intolerant, sie kann gar nicht gerecht sein gegen andere. Etwas anderes ist es aber, wenn der Staat sich mit dieser Kirche verbindet und einen Zustand schafft, der auf die Dauer einfach unhaltbar ist. Deshalb muß der Vorwurf gegen den Staat und nicht gegen die Kirche gerichtet werden. Unsere Stellung zum Kultusetat ist in unserem Programm festgelegt. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß der Staat eine durchaus neutrale Stellung von sich aus gegenüber allen Kirchengemeinschaften einnehmen soll, daß er niemand bevorzugen und niemand benachteiligen soll, daß er die

**Religion als Privatangelegenheit**

soll, in die der Staat seinerseits sich nicht einmischt. Von diesem Standpunkt aus kommen wir konsequenterweise zur Ablehnung aller Mittel, die in unserem Staatsbudget für die sogenannten anerkannten Religionsgesellschaften eingestellt sind. Zu welcher großen Intoleranz der heutige Zustand führt, das haben wir ja in den letzten Wochen genug erfahren durch den Herrn Minister, der junge Leute, die freireligiös sind, nicht zum Lehrerberuf zulassen will, weil er fürchtet, daß der Staat dadurch in eine sehr unangenehme Stellung in Bezug auf die Verwendung dieser Lehrer kommt, wenn die Zahl dieser Lehrer einmal sehr groß ist. Damit ist aber der Grundsatz der Verfassung einfach durchbrochen. Daraus mache ich den

**Nationalliberalen**

einen schweren Vorwurf, daß sie nicht konsequent weiter bauen auf den liberalen Prinzipien, auf denen unser Verfassungsstaat aufgebaut ist, daß sie sich bestimmen lassen von Gründen, die nicht auf dem Gebiet der Religion zu suchen sind, sondern auf ganz anderen Gebieten. Ich persönlich mache gar kein Hehl daraus, daß ich die feste Überzeugung habe. Wenn es sich nur um einen Zuschuß für die katholische Kirche handelt, hätten die Nationalliberalen in dieser Beziehung etwas mehr Energie an den Tag gelegt. Hier muß man sich auf den Boden der Konsequenz stellen, wenn man überhaupt vorwärtskommen will. In dieser Frage haben die Nationalliberalen nie einen sicheren Boden unter den Füßen gehabt. Noch vor einigen Jahren, im Jahre 1908, als zum letzten Mal das Dotationsgesetz hier behandelt wurde, hat der Führer der Nationalliberalen, Herr Dr. Wieg, gesagt: „Nur jetzt ist es Schluß, das nächste Mal bewilligen wir es nicht mehr! Und heute bewilligen es die Nationalliberalen wieder und ich habe die feste Überzeugung: Bei der nächsten Gelegenheit werde ich es abermals bewilligen, wenn nicht mittlerweile eine grundlegende Aenderung in der nationalliberalen Partei sich durchgebildet hat. Und warum? Aus dem einfachen Grund, weil die Nationalliberalen in dieser Frage in der Luft hängen. Daß wir uns auf durchaus richtigem Weg befinden, dafür haben wir

**die Kurie selbst**

als Zeugen. Als zum ersten Male hier in diesem hohen Hause das Dotationsgesetz zur Verhandlung kam, da war es die Zentrumspartei und war es die Kurie, die kirchenverwaltend in Baden, die prinzipiell es abgelehnt hat, solche Staatsdotationen entgegenzunehmen. Die Kurie hat damals, trotzdem der Landtag die Staatsdotationen bewilligt hat, sie zunächst abgelehnt, sie hat das Geld garnicht in Empfang genommen. Aus prinzipiellen Gründen, nicht aus Zweckmäßigkeitsgründen! Sie hat erklärt: Wir wollen vom Staat kein Geld, sondern wir wollen das Recht, unsere Angehörigen zu besteuern; wir werden das Geld schon von den Gläubigen selbst aufbringen. Und ich habe gar keinen Zweifel: Die katholische Kirche würde das Geld auch aufbringen. Nur die protestantische würde es nicht aufbringen und zwar deshalb, weil man fürchtet, daß durch eine Erhöhung der Kirchensteuer Tausende und Zehntausende der protestantischen Kirche den Rücken kehren. Es ist doch nicht Sache des Staates, dafür zu sorgen, daß die einzelne Kirchengemeinschaft aus diesen Kalamitäten herauskommt. Die Kirchengemeinschaften sollen dafür selbst sorgen, und ihre Aufgabe ist es! Unser Standpunkt ist daher logisch und konsequent. Nun hat der Herr Kollege Blum in ganz eigentümlicher Weise

den Standpunkt der Nationalliberalen begründet, und das ist auch wieder ein Beweis dafür, wohin die Nationalliberalen schließlich kommen. Sie bleiben auch in dieser Beziehung immer nur auf halbem Wege stehen. Der Herr Kollege Blum hat gesagt, wir leben in einer Zeit, in der sich ein starker Zug nach dem Materialismus und Individualismus bemerkbar macht. Wenn Sie so Angst haben vor dem Materialismus, ei, dann

**machen Sie einen Schritt weiter und werden Sie konservativ!**

Das ist doch die logische Konsequenz einer solchen Auffassung! Dann muß man sich auf den Boden der positiven Religion stellen und darf nicht die Religion mit allgemeinen Lebensarten als nutzlos darstellen. Das tun Sie aber nicht und Sie wissen ganz genau, warum Sie es nicht tun. Gewiß, es hat sich ein Zug nach Materialismus und Individualismus hin bemerkbar gemacht. Aber wer waren denn die Propheten dieses Materialismus und Individualismus? Das waren keine Sozialdemokraten, sondern das waren Männer, die im wesentlichen in politischer Beziehung auf dem Boden des Liberalismus standen. Es ist auch durchaus erklärlich, daß solche Ideen sich breit gemacht haben. Das kam nicht von ungefähr, sondern diese Ideen stehen in engstem Zusammenhang mit unserer ganzen wirtschaftlichen Entwicklung. Der Zug des Materialismus steht im Zusammenhang mit der Entwicklung der Produktivkräfte, mit der Möglichkeit, sehr schnell reich zu werden, in wenigen Jahren ungeheure Reichtümer anzuhäufeln. In dieser Hinsicht nach Ansammlung von Reichthümern hat natürlich das Ideale sehr stark nachgelitten. Da haben die Leute gar keine Zeit mehr gehabt, sich mit diesen Dingen zu beschäftigen. Aber wir sind über dieses Stadium hinaus. Wer Augen hat, zu sehen, der sieht, daß heute allüberall sich wieder ein starker Zug nach Idealismus bemerkbar macht und zwar auf den verschiedensten Gebieten. Ich habe gar keine Furcht, daß der Materialismus, den man immer und immer wieder als Schreckgespenst an die Wand malt, irgendwie gefährlich werden könnte. Der Zug zum Altruismus herrscht nicht nur dort, wo der Mensch dafür erzogen ist. Auch auf anderen Gebieten besteht er.

**Zu der modernen Arbeiterbewegung steht ein solcher Altruismus,**

daß ich nur wünschen möchte, unser Vürgerturn hätte einen kleinen Teil davon. Dann wären wir in sozialer und politischer Beziehung viel weiter. Wie wäre es denn möglich, daß die Arbeiter so gewaltige Opfer für ihre Sache bringen könnten, wenn nicht ein so starker Altruismus in den Arbeiterkreisen freies würde. Auf die Auseinandersetzungen, die der Herr Kollege Muser mit dem Zentrum gepflogen hat, will ich mich nicht einlassen. Das ist eine alte Sache, daß das Zentrum in allen diesen Dingen heute so und morgen anders kann. Das Zentrum wählt heute einen Jesuitenfeind und morgen mag es ihn an das Kreuz beim Zentrum handeln es sich nur darum: Was ist augenblicklich das Zweckmäßigste? Das Zentrum wählt auch Sozialdemokraten. Augenblicklich nicht, aber es wird die Zeit wieder kommen, wo es sie in sein Herz einschließt und für viel zweckmäßigere Bundesgenossen hält, als die konservativen Freunde, die es heute bei sich sitzen hat. Es hat gar keinen Zweck, sich mit dem Zentrum in Diskussionen einzulassen. Das Zentrum findet immer einen Ausweg. Wir können mit Engeltzungen reden und die Zentrumspresse würde uns immer wieder den Vorwurf der Religions- und Kirchenfeindschaft machen, weil wir uns eben nicht auf den dogmatischen Standpunkt stellen und niemals stellen können. Ich erkläre also, daß wir, wie auf früheren Landtagen, so auch diesmal wieder, den Kultusetat ablehnen werden, auch die angeforderte Dotation nicht bewilligen werden, weil wir sie im Widerspruch halten mit dem Grundgesetz vom Jahre 1861. Damals ist schon festgestellt worden, daß die Kirche in dieser Beziehung auf eigene Füße gestellt werden soll, und jetzt sind über vierzig Jahre ins Land hinausgegangen, und wir sind immer noch nicht soweit. Warum? Weil die nationalliberale Partei nicht den Mut hat, hier einmal klaren Tisch zu schaffen. Ist es den die Aufgabe des Staates, das Risiko für die Steuererhebung der Kirchen auf sich zu nehmen? Das sollen die Kirchen selbst tun! Sie haben das Recht, Steuern zu erheben, und sie sollen Steuern erheben dürfen, soviel sie für ihre Zwecke brauchen. Dagegen haben wir nichts einzuwenden. Aber heute liegen die Dinge so, daß man den Kirchen das Risiko für eine Steuererhöhung abnimmt und sie auf den Staat abwägt. Die Bezahlung der Geistlichen ist nicht Sache des Staates, sondern Sache der Kirchen. Sie sollen sehen, wie sie die Mittel aufbringen und aus diesen Gründen werden wir gegen das Gesetz und gegen den Etat stimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Theater und Musik.**

**Hoftheater Karlsruhe.**

**Zum erstenmal: „Simson“.**

Eine Tragödie in fünf Akten von Herbert Eulenberg. In Szene gesetzt von Dr. Alwin Kronacher.

Im zweitenmal begegnet uns Eulenberg mit einem Stück auf unserer Bühne. Damals, am 13. März 1913, war es mit einem Liebesstück „Delila“, am letzten Samstag mit einer Tragödie, betitelt „Simson“. Eulenberg ist für hier noch zu sehr Neuling, wird hier nicht genügend kultiviert, jedoch man doppelt vorichtig hätte sein müssen, ehe man ihn als „Tragödie“ zu Wort kommen ließ. Wir begreifen es mit aufrichtiger Freude, wenn sich im heiligen Spielplan fortgeschrittliche Ansichten bemerkbar machen; aber nur so unermittelt darf das Wort nicht kommen. Der Schritt von „Delila“ zu „Simson“ war zu überaus und wird wohl kaum von großen Publikum geistig verdaulich werden können. Umsonst, da Eulenberg als Tragödiendichter auf sehr schwachen Beinen steht. Eulenberg schreibt auch nicht, um sich die dichterische, schöpferische Seele zu betreiben, sondern er liebt es einzig, mit jedem neuen Erzeugnis dem berechtigten Publikum eine schallende Ohrfeige zu verlesen. Zu diesem Zweck ist ihm nichts heilig, nichts gewagt und haarsträubend genug. — Wenns bloß für den Augenblick „perblüht“. Zahl aber das Publikum und die Kritik diese Ohrfeige geduldig hein, dann spielt Eulenberg die geknickte Dichtersack, das verkannte Kraftgenie und in solchen Stimmungen schreibt er dann sein Sathyrspiel. Statt sich an den wohlmeinenden Ratschlägen und Winken zur Söde emporzuarbeiten, zieht es Eulenberg vor, das Publikum und die Kritik lächerlich zu machen und sich selbst als unfehlbar zu erklären. Wohl ahnend, welches Schicksal seinem „Simson“ bevorstehen dürfte, schrieb er auch schon im voraus ein Sathyrspiel als Nachfertigung. Diese Nachfertigung besteht aber in weiter nichts, als in einer wüsten Verächtlichmachung des Publikums und einer schließlichen gloriosen Selbstherrlichmachung des „Simson“ und des Dichters. Und diese unverhörte Selbstüberhebung Eulenbergs über das dominierende Gegenwärtige wirkt eigentlich nur höchst unsympathische Eadaten auf den Dichter und sein Werk. Selbst wenn der „Simson“ völlig einwandlos frei vor uns stünde, müßte dieses Sathyrspiel gegen Eulenberg einnehmen. Aber da der „Simson“ nicht auf dieser Höhe steht, so muß es sich Eulenberg eben gefallen lassen, wenn man ihm jetzt seinen „Glorienstein“ etwas energischer „anhaucht“. Erinnern wir uns in Kürze noch einmal der biblischen Legende von Simson, wie sie im „Buch der Richter“, Kapitel 13 bis 17, aufgeschrieben steht. Simson hatte ein Weib aus dem Philistertamme. Dieses aber, wie auch der Vater, wurde von dem ezinden Simsons verbrannt. Danach zog er hinab „und

wohnte in der Steinluft zu Ekham“. Später schlug er die Philister „durch eines Felses Kinnbäden“ und nach dieser Tat „ging er hin gen Gaza“. Dort bracht er die Nacht in einem Freudenhaus zu und als ihm das überdrüssig war, ging er zu den Toren der Stadt hinaus und „gewann ein Weib sich am Wache Sorek, die hieß Delila“. Diefelbe Delila, die ihn dann auch seiner Ridentkraft beraubte und den Philistern überlieferte. — Was hat nun Eulenberg aus diesem Simson gemacht? Gewiß steht dem Dichter das Recht zu, Weigungen und inhaltliche Aänderungen nach Ermessen vorzunehmen; aber so weit, wie Eulenberg, darf man dabei nicht gehen. Aus dem Helben Simson hat er kurzerhand einen Schwerverbrecher aller schlimmster Sorte gemacht, einen Menschen, der auf Zuchthaus und Zrennankast gleiche Anwartschaft erheben könnte. Wir wissen, daß Simson erst, als er wieder unbewußt war, das Freudenhaus besuchte und dann in Delila eine neue Herzensgefährtin zu finden hoffte. Eulenberg läßt aber Delila selbst zur verwerflichsten Dirne werden und macht Simson noch zu Verbeiter seiner Gattin zum nichtswürdigen Ehebrecher. Ja — er läßt Simson das ungeheuerliche Verbrechen an den Seinen begehen. Um ungestört mit Delila die Nächte durchbringen zu können, schlief Simson sein wirklich treuergebeues, unendlich liebevolles Weib und die beiden unschuldigen Kinderchen im Laufe ein, legt selbst Feuer an sein Haus und läßt Frau und Kinder lägisch in den Flammen umkommen. Und so sind alle die Tugenden, die Simson zum überliefereten Helben erhoben, bis auf den Strich, in den Hintergrund gedrängt und statt ihrer lernen wir Simson von einer Seite kennen, die einzig und allein bis zum Widerwillen auf niedrige Sinnlichkeit gestellt ist. Selbst segar in krankhaften Verberitäten muß dieser entmenschte Simson schwelgen. Nimmt er doch Delilas Schulter und an sich, um den spezifischen Körperduft des Weibes daraus einzulangen zu können.

Es liegt nun die Frage nahe: darf ein Dichter im Rahmen der Tragödie den der Liebertlieferung entliehenen Helben einfach so auf Geratewohl bis zur tiefsten Entmenschung verunstalten, nur um dem einen und billigen Zweck zu dienen, das Publikum mit einer ungehörigen Sensation zu verblüffen? Wir müssen diese Frage schlanweg verneinen! Dem Dichter, in besonderen der Tragödiendichter, erwachsen höhere Pflichten, als wie nur gerade seinem Helben die verwerflichsten Laster anzusehen, um Sensationspektatel und von sich reden zu machen. Nehmen wir doch einmal alle wüfte, schüble Ercthölich aus Eulenberg's „Simson“ fort und die ganze Tragödie fällt nichtig in sich zusammen. Und die paar dann noch übrig bleibenden beachtenswerten, guten dramatischen Ansätze sind zu unbedeutend, um über das grobe Rando hinwegtäuschen zu können. Außerdem beliebt es Eulenberg, die Freiheitsgrenze des dichterisch Erlaubten so weit zu überdehnen, daß er es sich selbst zuschreiben muß, wenn Kritik und Publikum, angewidert von der aufdringlichen Ercthö, sich nicht mehr geneigt

zeigen, den wenigen guten Weizen aus all dieser Spreu herauszufischen. Und so wollen auch wir es halten. Nur wundern müßten wir uns, wenn sich so jemand finden ließe, wie Nafchar in seinem Schlußlobeshymnus verzückt ausruft: — wer jubeln kann und wer weinen muß, der soll Simons gedenken unter den Menschen in Ewigkeit! Die Leute werden aber wohl viel wichtigeres zu tun haben, als Eulenberg's „Simson“ in aller Ewigkeit zu gedenken.

Die Regie lag bei Dr. Alwin Kronacher; er tat für das Stück alles, was möglich war. Ein Umstand also, der in erster Linie dem Autor von ungemeinem Nutzen sein mußte, da das Dichterwerk in hohem Maße die fremde Hilfe sehr nötig hatte. Prächtig und stilvoll waren die Philisterkostüme, wirksam und trefflich veranschaulichend die einzelnen Szenenbilder gestellt. Der starken Regiebegabung Kronachers war es in der Hauptsache zuzuschreiben, daß die Vorgänge auf der Bühne einigermassen Interesse auslösen konnten. Und trotzdem machte sich nach dem 3. Akt eine starke Gegenströmung geltend, die den spärlichen Applaus nach der unmenichlichen „Familiembrennung“ mit Recht niederzuziehen veranlaßte. Die schauspielerische Darstellung darf ebenfalls ein durchweg glanzvolles genannt werden. Obenan die „Delila“ Lina Garkenz. Ihre Leistung war so vollkommen vollendet, eract, maniert und plastisch geformt, daß es keine geeigneten Lobesworte für diese „Delila“ geben mag. Eine gefährliche Leidenschaft und sinnverberbende Blut strömte aus ihrem Spiel, daß man glauben mußte, hier wird jeder ebendige Nero zum Vermittler einer großen künstlerischen Tat. Der „Simson“ fand in Fritz Herz ebenfalls eine glänzende Vertretung. Wo er Geld war, ließ ihm Herz sein langvolles, edles Organ; wo er zum Wollüstling wurde, zeichnete ihn der Künstler mit feinen, wirksamen Zügen und die „Bestie“ ließ er in verbererendem Sinnentamuel stark realistisch durchsleuchten und ausbilden. Von überwältigender Wirkung war der neuerwachte Mut zur letzten großen Tat. (Die einzige, die der sonst als latente reich bekannte Simson im ganzen Stück ausübt.) In diesem Hingang wurde ihm Otto Hertel als „Nafchar“ sehr ähnlich, da er seine Schlußworte in gleich erhebender, eindrudsvoller Weise zu sprechen verstand. Des Simsons Gattin „Nabel“ gab Melante Ermarth ebenfalls mit bestem Erfolg. Ihr Spiel spiegelte die innige, unverlegbare Liebe des treuergebenen Eheweibes in prächtiger Klarheit wieder. Eine gute Charakterzeichnung schuf Felix Baumbach mit dem „Ammon“. Ein reifliches Lob würde auch Karl Dapper bescheiden sein, wenn er bei seinem „Nabel“ an manchen Stellen nicht zu stark aufgetragen hätte. Von den vielen übrigen Rollen seien als besonders verdienstvoll herausgegriffen: Paul Gemmede als „Gideon“, Reinhold Lüttjohann als „Daniel“, Felix von Krones als „Salah“ und Eugen Reg als der schmarozende „Mada“.

W. Sch.

**Abg. Dr. Schofer (Zentr.):** Der Abg. Muser hätte bereits bei der allgemeinen Debatte auf diese Dinge eingehen sollen. Ich werde mich daher kurz fassen. Der Abg. Muser soll erst in seiner eigenen Partei Moral predigen. Es handelt sich bei dem Rostischen um den Hinweis auf bestimmte Instanzen. Der Staat hat noch andere Fundamente als Denk- und Gewissensfreiheit. Die anderen Fundamente sind die Autorität, aufgebaut auf den positiven Glauben und auf der Offenbarung. Die Feinde des Staates sind im Materialismus und Dogmatismus zu suchen. Wir wollen ein inniges Zusammenarbeiten zwischen Staat und Kirche. Wir wollen keinen französischen Bind, weder in Bezug auf die Kirche, noch in Bezug auf den Staat. Die Kurie lehnte in den 60er Jahren die Dotationen ab, weil ihr die Bedingungen nicht zusagten. Im Jahre 1882 stellte sich dann die katholische Fraktion anders zur Sache und nahm die Dotationen an. Die Bezahlung der katholischen Geistlichen in Baden ist eine Lärge.

**Abg. Rebmann (Natl.)** äußert sich dazu, daß Abg. Blum gestern sagte, die Dotation sei eine Rechtspflicht; während er selbst gestern sagte, die Dotation sei eine freiwillige. Der Unterschied liegt in der historischen Entwicklung der Dotationen und in einem irreführenden Sprachgebrauch. Abg. Kolb wies darauf hin, daß Abg. Bing 1908 sagte: dies sei die letzte Bewilligung der Dotationen. Hier handelt es sich eben um ein Provisorium, das weiter aufrecht erhalten bleiben muß. Die Vorwürfe über die Haltung unserer Fraktion bei den Dotationen höre ich seit Jahren schon zum 8. Male. Wie Sie sehen, ist unsere Partei daran nicht zu Grunde gegangen. Wir sind uns bei dieser Frage der Verantwortung bewußt. Kompromisse sind eben für die Staatsmaschine nötig. Wer mitarbeitete, wird eben zu Kompromissen gedrängt. Wegen die Denkschrift des erzbischöflichen Ordinariats habe ich mich bereits ausgesprochen. Die Denkschrift ist die Konsequenz der Anschauung der katholischen Kirchenverwaltung. Der Abg. Dr. Schofer hat diesen Angriff auf die Denk- und Gewissensfreiheit bekräftigt. Wir dagegen betrachten die Denk- und Gewissensfreiheit mit als Fundament des Staates. Was die Frage der Männer- und Frauenarbeit betrifft, so sprachen wir uns bereits im Jahre 1904 entschieden gegen deren Zulassung aus. Unsere Fraktion erachtet einstimmig die Bedeutung der Klöster für die Katholiken an. Wir können jedoch die schweren Folgen für die Volkswirtschaft und für das konfessionelle Gemüt nicht aus dem Auge halten. Wir stehen daher auf dem gleichen Standpunkt, auf dem unsere Fraktion vor 10 Jahren stand. Wir wünschen daher, daß die große Regierung von der Zulassung der Klöster absteht. Sollte sie dennoch die Klöster zulassen, so soll sie streng auf der Kautele bestehen, die sie bei den letzten Verhandlungen verlangte. Die beiden vorhandenen Kirchen nehmen ein völlig verschiedenes Verhältnis zum Staat ein. Die protestantische Kirche hat sich im Staat eingelebt. Die katholische Kirche macht dagegen Machtansprüche auf den Staat geltend. Hierin liegt die Schwierigkeit in der parlamentarischen Behandlung. Wir werden Alles tun, um die Stellung des Staates den Kirchen gegenüber zu stärken.

**Abg. Dr. Günner (Fortchr.):** Wenn man bedenkt, daß 99 Prozent der Bevölkerung ihre stiftlichen Quellen in der Kirche suchen, so kann man den Standpunkt der Regierung in der Dotationsfrage verstehen. Ich stimme daher dem Dotationsgesetz zu. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Dotationen nicht für alle Zeiten bestehen werden. Es wäre eine dankenswerte Aufgabe der Regierung, den beiden Kirchen nahezugetreten, wie sie sich vor dem sicher einmal kommenden Wegfall der Dotationen schützen können. Die Kirche hätte etwas mehr Material zur Begründung ihrer Forderungen bringen sollen. Die Kirche hat auch zu viel und zu üppig; es werden die reinigten Dorfkathedralen hingestellt. Man sollte nicht Millionen in Steinbauten hineinstecken, wenn man um das Geld für die Befolgung der Geistlichen bittet. Bei uns werden viel mehr Gelder für Kirchenbauten ausgegeben, als anderswo. Ueber die Vielgütererei des Stiftungsrates wird viel geklagt. In Württemberg ist auch die Ausschreibung des Kirchengutes in die Wege geleitet worden. Dies sollte auch bei uns Nachahmung finden. Mit der Austrittsbewegung ist an sich wenig geklagt. Denn Sie (zum Zentrum) können nicht sagen, daß alle diejenigen, die noch in der Kirche sind, auch gute Katholiken sind. Die Petition der Freireligiösen weist mit Recht darauf hin, daß ein Widerspruch darin liegt, daß die Kirche einerseits die Menschen zur Gültigkeit erzähle will; daß aber andererseits die Kirche nicht genügend moralische Macht hat, von ihren Anhängern größere Kirchensteuern zu verlangen.

**Abg. Muser (F. Rp.):** Ich finde es eigenartig, daß der Abg. Dr. Schofer kein Wort der Entrüstung gegen das Buch Dr. Rosts fand, das eine Spekulation zur Aufreizung der Instanzen gegen die protestantische und jüdische Religion darstellt. Ich konstatiere weiter, daß der Standpunkt der Denkschrift des Erzbischöflichen Ordinariats derjenige der Zentrumsfraktion ist. Die Forderung des individuellen Rechts der Denk- und Gewissensfreiheit ist die Grundlage des modernen Kulturstaates. Wir lehnten von jeher die Dotationen ab. Selbst Lender lehnte die Dotationen ab. Wir befinden uns daher in guter Gesellschaft, wenn wir die Dotationen ablehnen. Wie kann man die Freireligiösen zwingen, eine Kirche zu unterstützen, die ihre Gewissensfreiheit bekämpft. Von den Freireligiösen rüden Sie (zum Zentrum) ab. Da sagen Sie: olet. Aber das Geld der Freireligiösen nehmen Sie. Da sagen Sie: non olet. Wir müssen mit unseren Staatsfinanzen sparsam umgehen. Wenn die Beamten und Arbeiter Aufbesserung verlangen, so verweisen wir auf unsere Finanzlage. Wenn wir verbündet sind, unsere Volksschulen auszubauen, so wird darauf verwiesen, daß uns die Mittel fehlen. Bei allen Fragen fehlt es an Mitteln. Nur bei den Dotationen sind wir auf einmal in der glücklichen Lage, Geld zu haben. Die Geistlichen sollten auch daran denken, wie es anderen Leuten geht. Man soll daran denken, daß Abg. Krieger im Jahre 1874 sagte, daß die Kirche nicht viel verliert an solchen Leuten, die wegen der Kirchensteuer austreten. Die Kirche muß wenig zu Frauen zu sich haben, wenn sie wegen der Kirchensteuer Austreiter befürchtet. Dies ist der Standpunkt meiner Fraktion, die die Dotationen ablehnt; mit Ausnahme des Abg. Dr. Günner, der für die Dotationen stimmen wird.

**Abg. Kopf (Zentr.):** Nach unserer Meinung ist der Staat zu den Dotationen verpflichtet. Die Aeußerungen Musers von Lender und von der katholischen Volkspartei treffen zu. Man darf jedoch nicht diese Geschichten aus alten Zeiten ausgraben. Die Zeiten haben sich geändert. Wir lernen in der Politik eben ständig hinzu. Das Buch Dr. Rosts ist eine ganz vorzügliche Arbeit, die alle Anerkennung verdient. Der Geist des Abg. Muser ist nicht der von früher, sondern ein ausfalliger. Die höchsten Kulturwerke sind die religiösen; deshalb muß sie der Staat unterstützen. Der Abg. Günner kann ja nichts anderes, als sich für die Dotationen einsetzen, nachdem er sich vor den Wählern dafür ausgesprochen. Herr Günner hätte sich daher die langen Ausführungen schenken können, die schließlich gegen die Dotationen gerichtet waren. Was Herr Rebmann zur Ordnungsfrage sagte, lautete nicht so schroff wie früher, aber es lautete ablehnend. Ich bedauere jedoch, daß der Beschluß einstimmig war, da seine Fraktion doch auch katholische Abgeordnete hat. Für uns ist die Ordnungsfrage eine Frage der Freiheit und Gerechtigkeit. In dieser Frage können die Nationalliberalen von den Fortschrittlichen und Sozialdemokraten lernen. Die Frage der Annullierung großer Vermögen besteht bei den Klöstern nicht. Man hat nie gehört, daß durch die Missionare der religiöse Kriege geführt wird. Für das geistige Leben ist die un-

abhängige katholische Kirche ein Vorzug. Die Kirche erhebt heute keine Machtansprüche, die der Staat nicht gelten lassen kann. Die Kirche will nur auf ihrem Gebiete selbständig sein. Es ist selbstverständlich, daß sich die Kirche um ihren Besitzstand wehrt. Heute haben sich die Verhältnisse soweit geändert, daß Staat und Kirche zusammenarbeiten können.

**Präsident Knoke:** Ich erhebe aus dem amtlichen Stenogramm, daß der Abg. Spang bei der Rede Musers den Zwihschen Ausdruck nicht billigen und nicht daher an den Abg. Spang die dringende Bitte, von solchen Wendungen abzusehen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

**Abg. Muser (F. Rp.)** weist die Bemerkungen Kopf wegen der Gebetbücher zurück. Ich habe niemals etwas gegen die Gebetbücher gesagt. Ich protestierte nur, daß in einem Gebetbuch Dinge standen, die nicht hineingehören, wie „welche Zeitungen liest du? Die Gefahren des Liberalismus“ ufl. Dagegen bin ich aufgetreten. Der Abg. Fejzenbach schüttelte damals jenes Gebetbuch auch ab.

**Abg. Dr. Günner (F. Rp.):** Ich habe meine Stellung zur Dotation nicht von den Wahlverhältnissen abhängig gemacht. Ich weise die Anweisung meines politischen Charakters durch den Abg. Kopf zurück.

**Abg. Kopf (Zentr.):** Muser gab ja selbst zu, daß er mit dem Gebetbuch herumzog.

**Nächste Sitzung:** Mittwoch vormittag 9 Uhr. Tagesordnung: Kustursetz, Gefesentwurf.

**Schluss der Sitzung:** 1 Uhr.

**Die Budgetkommission der Zweiten Kammer**

nahm in ihrer gestrigen Sitzung Stellung zu den Anträgen betreffend die Dienst- und Ruhezeit des Eisenbahnerpersonals, sowie zu den Petitionen der Eisenbahnerorganisationen. Diese Anträge und Petitionen waren schon auf dem letzten Landtag eingehend erörtert worden. Die Stellungnahme der Regierung ist im wesentlichen noch dieselbe. Zu dem Antrag der Abg. Kolb und Genossen betreffend die Aufhebung der Beiträge für die Arbeiterpensionskasse und die Gewährung eines Wohnungsgeldzuschusses an die in den Städten wohnenden Arbeiter nimmt die Regierung eine ablehnende Haltung ein. Der beantragten Verringerung des § 48 der Gehaltsordnung betreffend die Ueberführung der Arbeiter in das Beamtenverhältnis steht die Regierung zwar sympathisch gegenüber, der Antrag soll aber erst bei der bevorstehenden Verringerung des Gehaltsstufens geprüft bzw. berichtigt werden. Bezüglich der gesetzlichen Regelung der Ruhezeit des Eisenbahnerpersonals erklärt die Regierung, daß Baden in dieser Frage nicht selbständig vorgehen könne. Die Kommission beschließt mit Mehrheit die in der Petition der badischen Eisenbahnervereine gestellten Anträge der Regierung empfehlend zu überweisen. Der Antrag der Abg. Bened u. Gen. auf bundesstaatliche gesetzliche Regelung der Dienst- und Ruhezeit wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Antrag auf reichsgesetzliche Regelung wird einstimmig angenommen. Der Antrag auf Einföhrung der 8stündigen Arbeitszeit für das Bäder- und Rangierpersonal in den Bahnhöfen mit ununterbrochenem Rangierdienst wird angenommen. Der Antrag, daß in einem Nachtragsetat die eintägigen Stellen des Lokomotiv- und Zugbegleitungspersonals auf die Höhe gebracht werden, wie sie durch die ständigen Dienststunden bedingt sind, wird zurückgestellt. Der Antrag des Abg. Kolb und Genossen betreffend Aufhebung der Beiträge für die Pensionskasse wurde abgelehnt.

**Deutscher Reichstag.**

Berlin, 12. Mai.

Am Bundesratlich: Kammlare. Vom Reichsfinanzminister ist ein Danktelegramm auf das Beileidetelegramm des Reichstages eingegangen.

Die zweite Beratung des Militäretats wird bei den Kapiteln „Artillerie und Waffenwesen“ und „Technische Institute“ unter Ausschluss der Rüstungsangelegenheit fortgesetzt.

**Abg. Büchner (Soz.):** Von der Militärverwaltung wird bei der Einstellung der Arbeiter in die öffentlichen Betriebe der schärfste Terrorismus ausgeübt, indem ihnen das freie Koalitionsrecht beschnitten wird. Daß die Militärbehörden es noch nicht wissen, daß die Gewerkschaften ihre Mitglieder nicht eingereichten brauchen, wundern mich nicht. Doch aber die Spandauer Polizeibehörde noch so dumm ist, ist doch erstaunlich. (Vizepräsident Baasche ruft den Redner zur Ordnung.) Das Alter für die Wählbarkeit als Arbeiterausgleichsmittel in den Staatsbetrieben muß herabgesetzt werden. Wie lange läßt die neue Arbeitsordnung noch auf sich warten? Vor allen Dingen sollte der Paragraph, der sich gegen die Arbeitsordnung richtet, beseitigt werden.

**Generalmajor Wild v. Hohenborn:** Die berechtigten Forderungen werden genau untersucht werden. Die meisten Fälle stellen sich aber als übertrieben oder entstellend dar.

Nach § 1 der Arbeitsordnung werden Personen, die den sozialdemokratischen oder sonstigen staatsfeindlichen Bestrebungen Vorzug leisten, nicht eingestellt. An diesem Standpunkt werden wir festhalten. (Wazo rechts.) Gestrafen bestehen und werden bei Verfehlen von den Vorständen der Verwaltung verhängt. Die Arbeiterschüsse können da nur beraten mitwirken. Es ist zu beklagen, wenn von der Tribüne des Hauses derartige Dinge vorgebracht werden (Anrufe h. d. Soz.) die ich im Augenblick nicht widerlegen kann. Daß die Verhältnisse in den Staatsbetrieben nicht so schlecht sind, wie es der Redner darstellte, beweist der Zudrang zu diesen Betrieben. Die Abneigung entsprechend denen in der Privatindustrie geltend. Eine möglichst einseitige Arbeitsordnung ist fertigt. Der Bau von Arbeiterwohnungen wird beschleunigt. Wir werden auf dem Wege der sozialen Reformen fortfahren. (Beifall.)

**Abg. Trimbart (Zentr.):** Es ist anzuerkennen, daß sich die technischen Institute durchaus von sozialen Gesichtspunkten leiten lassen. Die Arbeiterschüsse beklagen sich darüber, daß sie in nicht genügendem Maße gehört werden. Die Gehaltswünsche müssen baldigst erfüllt werden. Auf die Besoldungsvorlage können wir nicht warten.

**Abg. Weinhausen (F. Rp.):** Die technischen Betriebe müssen mehr als bisher zu den Rüstungslieferungen herangezogen werden. Das technische Element muß im Verhältnis zu den Offizieren in den Betrieben mehr zur Geltung kommen. Besonders hagen die Techniker darüber, daß sie bei der Besoldungsnovelle übergangen worden sind. Für die unteren Beamten fordern wir in einer Resolution die Regelung der Dienststunden, die Regelung der Sonntagsruhe und einen ausreichenden Erholungsurlaub.

**Abg. v. Gräbe (Natl.):** Auch wir erkennen das Bestreben der Heresverwaltung an, den Wünschen der Angestellten Gehör zu verschaffen zu lassen. Die Lohnverhältnisse der Arbeiter entsprechen jetzt denen der Industrie. Bedrückt erscheint die Lage zu sein, daß die untergeordneten Organe die Anordnungen nicht immer in der gebührenden Weise ausführen. Das Vorgehen der sozialdemokratischen Gewerkschaften ist ungerecht, vor allem der Vorwurf der Korruption gegenüber den anderen Gewerkschaften.

Nach kurzer Debatte wird ein Schlufantrag angenommen. (Lebhafte Bravo.)

Das Kapitel wird bewilligt und die Resolution der Fortschrittlichen Volkspartei auf Regelung der Dienststunden, der Sonntagsruhe und Erholungsurlaub angenommen. Der Antrag des Abg. Dr. Müller-Meinungen (F. Rp.) über die Erwerbung des Grundstückes Viktoriastraße 34 in Berlin (Militärkabinett) namentlich abzustimmen, findet bei der schwachen Besetzung des Hauses nicht die genügende Unterstützung.

Bei dem Kapitel Festungen, Ingenieure, Pioniere und Verlehtswesen führt Abg. Duffner (Zentr.) aus: Zur Vermehrung von bedauerlichen Unglücksfällen bei Bomberübungen müssen Motorboote verwendet werden.

General Wild v. Hohenborn: Die Motorboote sind durch ihre schlechte Transportfähigkeit noch weniger geeignet für Bomberübungen als die bisherigen Fahrzeuge. Inzwischen ist abermals ein Antrag Müller-Meinungen auf namentliche Abstimmung bezüglich der Forderung für das Militärkabinett eingegangen, der nunmehr genügende Unterstützung findet. Die Abstimmung wird morgen erfolgen.

Der Rest der fortdauernden Ausgaben wird ohne erhebliche Debatte nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen, sodah auch die außerordentlichen ununterstützten Zulagen für militärische Kanäle und Unterbeamte in Polen und Westpreußen gestrichen werden.

Bei dem Titel „Erwerb des Grundstückes Viktoriastraße 34“ findet keine Debatte statt. Die Abstimmung erfolgt morgen. Beim Titel Truppenübungsplatz Neuberg bittet Dr. Wegner (Zentr.), die Interessen der Anlieger zu berücksichtigen und insbesondere die Gafereinkäufe unmittelbar bei den Bauern vorzunehmen. Nach weiterer Debatte wird der Rest der Ausgaben bewilligt, ebenso die Einnahmen. Die Petitionen werden dem Antrag der Kommission gemäß erledigt.

Damit ist die zweite Lesung des Militäretats erledigt. Es folgt die zweite Beratung des Etats für Kamerun mit der Duala-Angelegenheit.

**Abg. Dr. Brabant (Fortchr. Vpt.)** berichtet über die Verhandlungen der Kommission. Am Duala zu sanieren, sei eine Trennung der Weißen und Schwarzen notwendig. Dabei seien die Dualas anderweitig anzusetzen und voll zu entschädigen.

**Abg. Wels (Soz.):** Die Schuld an den Vorgängen in Duala liegt ausschließlich bei der Regierung und an der Unzulänglichkeit der deutschen Bürokratie. Die ostafrikanischen Handelsgelehrte benachteiligen die Eingeborenen auf das Schlimmste. (1) Gegen die Eingeborenen muß man humaner vorgehen, insbesondere wenn es sich um Entlohnungen handelt. An sich haben wir gegen die Entlohnung nichts einzuwenden, da eine Sanierung der Dualas unbedingt notwendig ist. Viele Dualas sollen schon über die Grenze gegangen sein. Das ist charakteristisch für die Stimmung unter den Eingeborenen. Die Regierung sollte bestritt sein, die Dualas mit der deutschen Schutzbererschaft auszuführen. Die Gegendarstellung des Rechtsanwalts Dr. Halpert gegen die Denkschrift der Regierung ist den Reichstagsmitgliedern nicht zugänglich.

Staatssekretär Dr. Salf: Ich lege gegen die durch nichts erwiesene Behauptung des Abg. Wels, daß das Telegramm des Gouverneurs über Unruhen bei den Dualas bestellte Arbeit gewesen sei, entschiedene Verwahrung ein und erkläre, daß ich ebenso überbracht war wie die Budgetkommission. Auch meine Mitarbeiter haben nichts von dem Telegramm gewußt. Vizepräsident Dr. Baasche: Die Denkschrift des Rechtsanwalts Dr. Halpert ist den Abgeordneten nicht zugestellt worden, weil sie eine nichtamtliche Denkschrift war, außerdem schwere Beleidigungen für die Regierung und den Reichstag enthielt; dabei sind wir in der üblichen Weise verfahren.

**Abg. Rebeur (Soz.):** Auch die Denkschrift der Regierung war eine Beleidigung für den Reichstag.

Darauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch 2 Uhr vertagt; außerdem namentliche Abstimmung über das Militärkabinett, Reichsschatzamt, Finanzverwaltung. Schluss 1/8 Uhr.

Darauf entspinnt sich eine längere Debatte, ob die Nichtzustellung der Denkschrift Dr. Halperis an den Reichstag korrekt war. — Die bürgerlichen Parteien stimmen dem Vorgehen Dr. Baasches zu.

**Badische Politik.**

**Gibt zentrümliche Schuffigkeit.**

Die „Offenburger Zeitung“ beifigt die Geschnadlosigkeit, über die beabsichtigte Verringerung des Ar- mengejetzes wie folgt zu berichten:

Das sogen. Lumpengesetz ist letzten Donnerstag dem Landtag und zwar der Ersten Kammer zugegangen. Nach diesem Entwurfe soll hinter dem § 18 des Armengejetzes von 1870 die Bestimmung eingefügt werden, daß wer öffentlich Armenmittel für sich oder seine Familie in Anspruch nimmt, auf Antrag des unterstehenden Armenverbandes durch Beschluß des Bezirksrats zwanqeweiser Arbeitsleistung (Arbeitshaus) überzwungen werden kann. Aus dem Arbeitsverbot wird nach Abzug der Kosten für die Unterbringung die Familie des Untergebrachten unterstützt. Es wird sich empfehlen, solche Leute — es gibt wohl deren in den meisten Gemeinden — einzutreiben auf dieses Gesetz aufmerksam zu machen, damit sie sich darnach richten und sich vor den Folgen sicherstellen können, solange es noch Zeit ist. Sobald keine Unterstützung der Familie mehr verlangt und nötig wird, erfolgt die Entlassung aus der Zwangsarbeit, Unterstützung kann man eher umtödig machen, solange man noch die Freiheit hat, als wenn man sie nicht mehr hat.

Nach obiger Zentrumsansicht sind also alle die unglücklichen Menschen, die durch mannigfache Schicksalschläge in der bemitleidenswerten Lage sind, die öffentliche Armenpflege in Anspruch zu nehmen, als „Lumpen“ anzusprechen, für die man ein besonderes „Lumpengesetz“ zu machen gezwungen ist. Solcher Gesinnung sind also die Erbpächter des „Christentums“, jener Religion, deren Stifter selbst nichts sein eigen nannte, der nach seinem eigenen Ausdruck keinen Stein besah, auf dem er sein müdes Haupt niederlegen konnte und selbst von der Wildtätigkeit der Menschen lebte.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Armen in den Zentrumsdörfern am liebsten behandelt werden. Die Zentrumsgrößen auf den Rathäusern werden zweifelslos alle für zwanqeweise Unterbringung der Unterstützungsbefürhtigen im Arbeitshause sein, um sich ihrer zu entledigen und es ist zweifelslos anzunehmen, daß sie den Stifter der christlichen Religion, der wahre Menschlichkeit und Liebe für die Armen predigte, selbst ins Arbeitshaus schaffen würden, wenn er heute leben würde.

Der Z... trigen La... geffihls... Geffihliche... rief er: „... zulässig... Geiffl... Spang dr... Welcher... ist, dürfte... genigend

pflegt in... ich au“ zu... Angriffe... Hohenru... gander Pa... „Dah... Geer zu... litten Gh... jialiste... sprache a... schweb... der inter... bürger... desber... habe, Sch... host des... gelistete... bis sich a... „nünftigen

Der de... möchten... dem Sinn... hat, wie e... und des... chen Milli... hat, wie d... schwebliche... international... bürgerliche... digungspol... deutsche... hat. Der... Wunder e... Branting z... seiten der... hat, wie f... jeter Zeit... des „Land... besitzt, die... Rüstungsfr... bergewisser... demokratis... wie auch d... lichen Dem... militärrich... diese Neuf... recht werden... fortgeleitet... demokra... Die ist das

Samstag... lische Part... Der erste... Beizegmad... Landtagsma... Sagen g... einen Brief... für Recht u... schamlose... und gedw... umgeblicher... wiet Ludwig... Württember... gutachten... am Samstag... nach 7 U... Feigen feine... dagegen ist... rube der voll... ist auf das... sehr gespannt... Der K... trachtet am... Schmäbtrief... lungen enth... und herfhar... lange am Re... und einiger... Brief geidri... lebhige Böh... rängen, in... wegen Beleid... arteilt.

Der A... Sonntag vor... eineWespre... die Beratung... antenchaft... einen Verhän... übrigen mitt... man sich in... hinsichtlich de...

Der A... Sonntag vor... eineWespre... die Beratung... antenchaft... einen Verhän... übrigen mitt... man sich in... hinsichtlich de...

Der A... Sonntag vor... eineWespre... die Beratung... antenchaft... einen Verhän... übrigen mitt... man sich in... hinsichtlich de...

Der A... Sonntag vor... eineWespre... die Beratung... antenchaft... einen Verhän... übrigen mitt... man sich in... hinsichtlich de...

Der A... Sonntag vor... eineWespre... die Beratung... antenchaft... einen Verhän... übrigen mitt... man sich in... hinsichtlich de...

Der A... Sonntag vor... eineWespre... die Beratung... antenchaft... einen Verhän... übrigen mitt... man sich in... hinsichtlich de...

Der A... Sonntag vor... eineWespre... die Beratung... antenchaft... einen Verhän... übrigen mitt... man sich in... hinsichtlich de...

Respekt vor dem Geistlichen.

Der Zentrumsabgeordnete Spang lieferte in der gestrigen Landtagsitzung einen neuen Beweis seines Feingefühls. Als der Fortschrittliche Volkspartei wendeten, rief er: „Das müssen schöne Kunden sein!“ Präsident Kahr rügte dies, indem er bemerkte, daß es nicht zulässig sei, auf diese Weise außerhalb des Hauses stehende Geistliche zu beleidigen, weshalb er den Abg. Spang dringend bitte, solche Zwischenrufe zu unterlassen. Welcher Art der Respekt des Zentrums vor dem Geistlichen ist, dürfte durch diesen Zwischenruf des Herrn Spang genügend bewiesen sein.

Der „Badische Landesbote“

Es liegt in seiner Samstagnummer eine „Wochenrundschau“ vor, in der selten häßliche und verletzende Angriffe gegen die Sozialdemokratie fehlen. In der „Wochenrundschau“ vom letzten Samstag ist wieder folgender Paßus enthalten:

„Daß sich ein Sozialdemokrat für das stehende Heer auspricht, ist kein alltägliches Ereignis und verdient deshalb registriert zu werden: An der Tafel der Sozialisten Christianas nahm auch der schwedische Sozialistenführer Branting teil, der in einer Ansprache an die norwegischen Genossen erklärte, daß die schwedische Arbeiterpartei nach den Verhältnissen der internationalen Lage es für ihre Pflicht ansehe, mit der bürgerlichen Linken eine vernünftige Landesverteidigungspolitik zu treiben, die zum Ziele habe, Schwedens Selbständigkeit und Grenzen und die Freiheit des Volkes gegen eventuelle nachdrückliche Eroberungsversuche zu verteidigen. Es wird wohl noch gute Weile haben, bis sich auch die deutsche Sozialdemokratie zu diesem vernünftigen Standpunkt bekehrt.“

Der verehrliche „Chefredaktion“ des „Landesboten“ möchten wir entgegen, daß sich Gen. Branting nicht in dem Sinne für das stehende Heer ausgesprochen hat, wie es der „Landesbote“ zur Entschuldigung seiner und des Herrn Dr. Haas Stellungnahme zur letzten deutschen Milliardenprüfungsvorlage gerne haben möchte. Er hat, wie der „Landesbote“ selbst mitteilt, erklärt, daß die schwedische Arbeiterpartei nach den Verhältnissen der internationalen Lage es für ihre Pflicht ansehe, mit der bürgerlichen Linken eine vernünftige Landesverteidigungspolitik zu treiben usw., ein Standpunkt, den die deutsche Sozialdemokratie von jeher vertreten hat. Der „Landesbote“ würde jedenfalls ein blaues Wunder erleben, wenn er vernehmen würde, was Gen. Branting zur Unterstützung der Millionenprüfungsvorlage von Seiten der deutschen bürgerlichen „Demokratie“ zu sagen hat, wie sie bei der letzten Wehrvorlage zur Schande unserer Zeit zutage getreten ist. Wenn die „Chefredaktion“ des „Landesboten“ nicht den Willen oder die Fähigkeit besitzt, die Stellung der Sozialdemokratie in der Millionenprüfungsvorlage zu begreifen, so soll sie sich wenigstens mal vergewissern, was bürgerliche Politiker mit ehrlichem demokratischem Empfinden, wie z. B. der Abg. Benedy, wie auch die „Frankf. Ztg.“ vor dem Umfall der bürgerlichen Demokratie im Reichstag bei der letzten Millionenprüfungsvorlage geäußert haben und sie wird finden, daß diese Äußerungen unserer Stellungnahme durchaus gerecht werden. Der „Landesbote“ wird vielleicht dann seine fortgesetzten unüberlegten Unterempfehlungen der Sozialdemokratie nach Reichsverbandsmanier unterlassen. Ist das, was wir zunächst zu bemerken haben.

Anonyme Briefschreiber.

Konstanz, 10. Mai. Die Strafkammer stand am Samstag unter dem Zeichen anonymer Briefe an katholische Pfarrer mit beleidigendem und bedrohendem Inhalt. Der erste und größte Fall hatte dabei einen stark politischen Beigeschmack. Wie noch erinnert, erhielt anlässlich der bad. Landtagswahlen im vergangenen Herbst Stadtpfarrer Ruf in Singen zwei anonyme Zuschriften, worunter am 2. November einen Brief, worin ihm von einem angeblichen parteilosen Bund für Recht und Gerechtigkeit eine ordentliche Wehlagitation und schamlose Hetzarbeit und andere rohe Schmähungen vorgeworfen und gebotet wird: „Sie sterben durch unsere Kugeln!“ Dies angebliche Schreiben dieses Briefes wurde alsbald der Schützenwart Ludwig Koblhammer von Singen, gebürtig von Hogen (Württemberg) vorbildlich und auf Grund obenener Schreibeutachten vor die Strafkammer gestellt. In der Verhandlung am Samstag, die von vormittags 9 Uhr mit kurzer Mittspause bis nach 7 Uhr abends dauerte, wurde durch die 6 geladenen Zeugen keinerlei Beweis für die Schuld Koblhammers erbracht; dagegen ist der Sachverständige Professor Dr. Schmidt-Karlsruhe der vollen Ueberzeugung, daß R. der Schreiber ist. Man ist auf das Urteil, das am Samstag, 16. Mai, verkündet wird, sehr gespannt.

Der katholische Pfarrer W. U. von Gottmadingen erhielt am 18. September d. J. einen ebenfalls anonymen Schmähbrief, der die abgelaufensten Ausdrücke und Beschimpfungen enthält, und von einem angeblich „anarchistischen“ Bund herkam, der dem Pfarrer droht, daß er nicht mehr lange am Leben sein werde. Auf das Sachverständigengutachten und einiger dieses untersuchenden Beweismittel wurde, diesen Brief geschrieben zu haben, der zur Verantwortung gezogen lebige 25jährige Maschinenführer Arnold H. d. von Oberbachingen, in Gottmadingen wohnhaft, für schuldig befunden und wegen Beleidigung und Bedrohung zu 1 Monat Gefängnis verurteilt.

Der Bereich mittlerer Staatsbeamten hatte am letzten Sonntag vormittag im kleinen Rathsaal in Karlsruhe eine Besprechung über aktuelle Fragen. Im Vordergrund stand die Beratung über einseitige Vorbildung der mittleren Beamtenbesoldung. Gegen die Stimmen der Finanzbeamten konnte eine Verständigung in dieser heißen Sache unter sämtlichen übrigen mittleren Beamten erzielt werden. Weiter einigte man sich in wesentlichen Punkten über einheitliches Vorgehen hinsichtlich der Gehaltsordnung.

Kommunalpolitik.

Vom Abwinkeln in Rehl. Der Monat April 1914 hat wiederum eine Steigerung in der Zahl der im Rehl fassen umgelagerten Güter gebracht. Zu Berg kamen 43 078 Tonnen Winter an, während ein Abgang zu Tal von 8197 Tonnen zu verzeichnen ist. Der Gesamtverehr belief sich demnach auf 51 276 Tonnen. Die Vergleichsziffer der früheren Aprilmonate sind 1909: 10 647 Tonnen, 1910 16 961 Tonnen; 1911 32 646 Tonnen, 1912: 26 342 Tonnen, 1913: 34 027 Tonnen.

Aus der Partei.

Der Glückwunsch der deutschen Sozialdemokratie.

Der Parteivorstand und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion haben an die französischen Parteigenossen aus Anlaß ihres Wahlsieges folgendes Telegramm geschickt:

Humanité Paris.

Die deutsche Sozialdemokratie beglückwünscht die Partei sozialiste auf das herzlichste zu dem glänzenden Wahlsieg. Der Wahlausgang muß die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich beschleunigen. Die große Mehrheit des deutschen Volkes wünscht diese Verständigung ebenso sehnlich, wie die große Mehrheit des französischen Volkes. Es lebe die deutsch-französische Freundschaft! Es lebe der Sozialismus!

Vorstand und Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie.

Genossenschaftsbewegung.

Freiburg, 11. Mai. Der Vorstand und Aufsichtsrat der badischen Bauernbank und der Zentral-Bauges- und Abfallgenossenschaft des badischen Bauernvereins, die in Karlsruhe tagen, beschließen, die Generalversammlung dieser beiden Zentralgenossenschaften am 25. Mai in Freiburg abzuhalten. An diesem Tag wird auch der Genossenschaftsverband des badischen Bauernvereins in Freiburg seinen Verbandstag abhalten.

Soziale Rundschau.

Oberkirch, 12. Mai. Die organisierte Arbeiterschaft ist auf die am Donnerstag, 14. Mai, abends 8 Uhr in der „Stadt Strahburg“ stattfindende öffentliche Versammlung aufmerksam gemacht, in der die Arbeiterwohnungsfrage der hiesigen Stadt in einem Vortrag des Landeswohnungskommissärs Dr. Kampffmeyer-Karlsruhe zur Sprache kommen wird.

15. Generalversammlung des Zentralverbandes der Lederarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Berlin, 11. Mai 1914.

Erster Verhandlungstag.

Kr. Nachdem am Sonntag abend bereits die Delegierten einer Einladung der Berliner Zählstelle zum gemütlichen Zusammensein gefolgt waren, begannen am Montag früh die Verhandlungen. An der Generalversammlung nahmen außer den Vorstandsmitgliedern 87 Delegierte, darunter 5 weibliche, teil. Für die Berliner Gewerkschaftskommission ist Ritter (Berlin), und für die Generalkommission ist Bauer (Berlin) erschienen. Aus Oesterreich sind Hanus und Wajelsch (Wien) anwesend.

Die Generalversammlung wird unter der Leitung des Vorsitzenden Mahler und des Kollegen Wurfhardt (Berlin) tagen.

Nach Erledigung aller notwendigen Formalitäten und Wiederherstellung der Statutenberatungskommission erhielt das Wort zum mündlichen Geschäftsbericht der Vorsitzende Mahler. Mahler betont, daß er sich zunächst mit der Agitation beschäftigen wolle, da die Agitation der Jungbrunnen der Organisation sei. Durch die betriebene Agitation sei bewirkt, daß der Verband keine Rückschläge erlitten, er sei vielmehr langsam doch stetig gewachsen und darum sollten die Kollegen die Kosten, die die Agitation erfordert, nicht bemängeln, sondern sie freudig zur Verfügung stellen, da sie dem Verband und der allgemeinen Arbeiterbewegung nützen.

Im die Fluktuation im Verband zu haben, halte er (Mahler) es für praktisch, die Spezialfragen der verschiedenen im Lederarbeiterverband zusammengeführten Branchen durch Sonderkonferenzen zu erledigen, da die Berufsfragen der Handschuhmacher andere seien, als wie die der Weisgerber oder der Chromgerber usw.

Die Debatte über die Agitation gestaltete sich lebhaft. Es wurde gefordert, wie unendlich schwer es fällt, die Berufsfragen für die Organisation zu gewinnen, da sehr viel vom Lande abgewanderte Arbeiter sich sehr oft zunächst der Lederindustrie zuwenden und keine Ahnung vom Organisationsleben haben. Auch wurden Wider entrollt, wie die Agitation durch Schmiefeleien der Unternehmer riesig erschwert wird. Von einem Neben wurde der Wunsch auf Verjämmlung mit dem Verband der Schuhmacher geäußert. Wünsche auf bessere Geweinteilung sowie auf Verminderung der Agitationskosten wurden laut. Diese Wünsche haben sich zu Anträgen geformt und liegen gedruckt vor.

Bekannt wurde weiter, daß die Ortsvereine mehr die Agitation fördern sollen und daß das Wirken der Gauleiter sich mehr auf Führung und Vermittlung bei Lohnbewegungen erstrecken soll. Lebhafte Klage wurde auch über die hellewette Agitationsweise des Fabrikarbeiterverbandes geführt, die manchmal allen gewerkschaftlichen Grundfragen Sohn spreche.

Zu dieser letzteren Klage wurde der Vorsitzende Mahler, daß die letzte abgehaltene Vorstandskonferenz sich mit dieser Frage beschäftigt hat und daß dem nächsten Geschäftsbericht ein Regulativ zum Punkt Grenzstreitigkeiten vorgelegt werden soll. In dem wird die Einsetzung eines Schiedsgerichts, daß endgültig in Grenzstreitigkeiten entscheiden soll, empfohlen.

Zur Hauptfrage dreht sich die Debatte darum, ob das Gauleiteramt abzuschaffen ist oder anders ausgebaut werden soll. Auf Antrag erfolgt Schluß der Debatte. Es werden dann folgende Beschlüsse gefaßt:

Von den Geschäftsberichten und den Protokollen ist den Zählstellen je ein gebundenes Exemplar, auf gutem Papier gedruckt, für die Bibliothek unter Berechnung des Selbstkostenpreises zuzustellen.

Die abgeschlossenen Tarifverträge sind von Zeit zu Zeit durch Sonderdruck, der nicht im Buchhandel erhältlich ist, zu veröffentlichen.

In sämtlichen Zählstellen sind für alle Branchen wöchentliche Rohntatistiken aufzunehmen. Das dazu erforderliche Material ist dem Zentralvorstand zu liefern und in geeigneter Weise zu bearbeiten.

Ferner wurde dem Vorstand ein Antrag überwiesen, der besagt, daß eine Verbandszeitung herauszugeben ist. Der Antrag Frankfurt a. M., den Gau 8 zu verkleinern, wird ebenfalls dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Die Verhandlungen werden auf Dienstag vertagt.

Aus dem Lande.

Bruchsal.

Der Feuerbestattungsverein hält heute abend im Hotel „Kramer“ seine Hauptversammlung ab. Zahlreicher Besuch ist erwünscht.

Ettlingen.

Voranschlagsberatung. Der Beratung des Voranschlags für 1914 ging ein weiterer Tagesordnungspunkt voraus: Die Freigabe eines Teiles des Weiberädergeländes von der Sicherungshypothek. Bekanntlich verkaufte vor Jahren der Gemeinderat (die im Besitze der Stadt Ettlingen befindlichen Weiberäder (beim neuen Karlsruher Bahnhof liegend) im Maßraum von 413 738 Quadratmeter an ein Spekulationskonjortium für 833 476 M. Für den Quadratmeter Land wurde 1,50 M. bezahlt. Die Gesellschaft zahlt die Schuld in Raten ab und die Stadt hat aus diesem Grunde eine Sicherungshypothek auf die Grundstücke eintragen lassen. Es soll nun ein Teil des Restgrundstückes bebaut und von diesem die Hypothek freigemacht werden. Wenn auch dieser feierzeitige Verkauf des Gemeindegeländes für den Spottpreis von 1,50 M. pro Quadratmeter eine Unverantwortlichkeit darstellt, so ist doch an der Sache selber jetzt nichts mehr zu ändern und so wurde auch die Vorlage ohne Debatte angenommen; der restliche Teil des verbleibenden Grundstückes bietet für die städtische Forberung noch hinreichend Sicherheit.

Der Voranschlag sieht in Ausgaben 541 821 M. vor, denen 297 574 M. Einnahmen gegenüberstehen. Es sind sonach durch Umlagen 243 947 M. zu decken. Der Bürgermeister, Herr Piegler, wies einleitend darauf hin, daß eine Erhöhung der bisherigen Umlage von 30 Pf. für Vermögen, Betriebs- und Grundbesitz, 15 Pf. für Kapitalien und 48 Pf. für Einkommen nicht notwendig werde. Es gelang, den alten Satz beizubehalten, obwohl die Ausgaben um 60 000 M. anstiegen, weil das letzte Jahr mit einem sehr günstigen Rechnungsergebnis abschloß. Es sind eine Mehreinnahme von 25 264 M. aus dem Jahr 1913 zu verzeichnen, die in der Hauptsache aus 12 000 M. Umlagenachträgen, günstigerer Verpachtung, Verkauf von Vieh, Mehrerlös von Badeanstalt und Schlachthaus, Gaswerk und Wasserleitung herrührt. Außerdem stehen 22 000 M. Miete für das letzte Vierteljahr 1914 von der Kaserne zur Verfügung. Auch waren die Ausgaben des letzten Jahres um 8 000 M. geringer, als im Voranschlag angenommen, insbesondere gingen die Armenlasten um 4 000 M. zurück. Ferner sind die Steuerkapitalien um 5 Millionen höher, als im Vorjahr, und dementsprechend steigen die Umlageerträge um 18 000 M. Die Einnahmen des laufenden Jahres gegenüber dem Jahr 1913 sind um 52 000 M. höher zu veranschlagen. Als wichtigste Posten in der Ausgabeerhöhung von 60 000 M. kommen in Betracht: 8 000 M. für die Neuverteilung der Bezüge der städt. Beamten und Arbeiter, 7 000 M. für Wald- und Feldkulturen, 10 000 M. für Wege, Kläse usw., 5 000 M. für die Abregulierung, 1 800 M. für Errichtung einer Bedürfnisanstalt, 1 500 M. für Planfertigung zum Schloßbau, 4 000 M. gesteigerter Schulaufwand und 2 400 M. höhere Zins- und Amortisationsbelastung.

Zu den Einnahmenpositionen wurde unsererseits bemängelt, daß man nun schon jahrelang mit der Aufstellung eines Schuldenentwärtungsplanes zuwarten, man möge nun endlich einmal daran gehen. Der Bürgermeister erwidert, daß dies nach Vollendung des Kasernenbaues geschehen wird.

Des Weiteren wurde die mindere Geringerplatzmiete beanstandet, der Anstand aber dahin erklärt, daß die eingestellte Summe (32 900 M.) nur für den Zeitraum von 1/2 Jahren bemessen sind. Eine vom Gemeinderat in den letzten Tagen gestroffene Neuerung bezüglich der Festhaltenmiete gibt zu längerer Debatte Anlaß. Wir konnten nicht verstehen, warum man den ermäßigten Mietpreis von 20 bzw. 30 M. nun für Konzerte unter 3 Stunden Dauer eintreten lassen will und wünschten die Preisermäßigung überhaupt für kurze Veranstaltungen. Die Stadtverwaltung verheißt sich demgegenüber abkennend.

(Fortf. folgt.)

Offenburg.

Unfall. In einem unbewachten Augenblick sprang das etwa 5jährige Schindchen des Bahnarbeiters Köhler zwischen zwei aneinandergehängte Wagen des Milchhändlers Wächle, um sich an die Deichsel zu hängen. Es fiel zu Boden und wurde überfahren. Die Räder gingen dem bedauernswerten Kinde über den rechten Oberarm und die Finger, so daß es starke Quetschungen erlitt. Der Fuhrmann hatte von dem Vorfall nichts bemerkt.

Forzheim, 12. Mai. Gestern abend ist der 4jährige Gust. Schille, Masfr. hier, in einem im Rohbau vollendeten Neubau an der westlichen Karl-Friedrichstraße hinein und ins 2. Stadtwert hinaufgegangen, wo er die Fensterbrüstung des Erlers erkletterte und herunterfiel. Das Kind blieb bewusstlos liegen. Die erlittenen Verletzungen sind sehr schwer.

Weiler (Amt Forzheim), 12. Mai. Gestern mittag wurden zwei ledige Italiener namens Peter Rosini und Andrea Bavoletti im Steinbruch der Firma Hörner u. Co. hier durch abstrühende Steirmassen schwer verletzt. Sie wurden sofort ins Krankenhaus nach Forzheim gebracht.

Seibelsberg, 12. Mai. In der Nacht vom Montag brachen unbekannte Diebe in die Wirtschaft zum „Bremers“ hier ein und stahlen etwa 600 M. Bargeld, Sparkassenscheine über 3000 M. und andere Papiere. Auch einen Ueberzieher nahmen sie mit. Die Täter sind noch unbekannt.

Seibelsberg, 11. Mai. Die Wohnungen nach Thermalwasser auf dem linken Redaruser haben eine Tiefe von 114 Metern erreicht. Es ist noch nicht bestimmt, bis zu welcher Tiefe die Bohrungen fortgesetzt werden sollen.

Mannheim, 12. Mai. An einem Neubau fiel gestern vormittag dem 56 Jahre alten ledigen Tagelöhner Nikolaus Schubert aus Alexanderfeld (Oesterreich), zuletzt hier wohnhaft, beim Aufwinden von Holzsprießen eine solche aus einer Höhe von 9 Meter herunter derart in den Nacken, sodaß er bewusstlos zusammenbrach. Er wurde in das Krankenhaus gebracht, wo er kurz nach seiner Einlieferung seiner schweren Verletzung erlag. Gestern nachmittag geriet ein 64 Jahre alter verheirateter Landwirt von Feudenheim auf der Kirchbergstraße während des Absteigens von seinem im Gang befindlichen Fuhrwerk unter die Räder; er wurde überfahren, mehrfach verletzt und mußte in seine Wohnung getragen werden.

Baheratal, 10. Mai. Am 1. Mai zog unter Vorantritt des hiesigen Musikvereins ein imposanter Zug durch unser Dorf, wie ihn die hiesige Bevölkerung noch nie sah. Es galt hier zum erstenmal, den Weltfeiertag festlich zu begehen. Im Gotteshaus zum „Wolf“ fand die eigentliche Feier statt. Der Musikverein gab von seinem Können das Beste, sodaß er volles Lob erntete. Für die Italiener sprach ein italienischer Genosse und für die Einheimischen Genosse Keller, der in markanten Zügen die Bedeutung des 1. Mai sowohl in gewerkschaftlicher als auch politischer Beziehung auseinandersetzte; ebenso die Notwendigkeit der Organisation. Beide Redner ernteten lebhaften Beifall und stimmten alle Teilnehmer in das Hoch auf das internationale Proletariat ein. Die Festteilnehmer waren alle froher Stimmung und ließen am Schluß das Langbein schwingen. Diese Maifeier hat die schwarze Volkseele nicht ruhen lassen, sodaß man die Gendarmerie in Anspruch nahm und Anzeige erstattete wegen unerlaubten Tanzens, Veranstaltung des Festzuges, was aber nutzlos war, da die amtliche Genehmigung eingeholt wurde. Man sieht wieder, die schwarze „Toleranz“ bei bengalischer Beleuchtung.

Schiltach, 11. Mai. Beim Langholzabladen auf dem hiesigen Bahnhofs verunglückte der in den vier Jahren stehende Holzverlader Joh. Gauer dadurch, daß ihm eine eiserne Klammklange beim Öffnen des Klammenschlusses auf den Kopf fiel. Gauer brach schwer verletzt zusammen.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 13. Mai.

Auf zur Wahlarbeit!

Heute Abend von 8-9 Uhr werden die Couverts zum Schreiben der Adressen für die Stadtverordnetenwahl ausgegeben...

Frauenversammlung.

Heute Abend 1/2 9 Uhr findet im „Salmen“, Ludwigsplatz, eine Frauenversammlung statt...

Ueber das Geschäft des Tiefbau-Unternehmers August Herling von Karlsruhe

Ist wegen fortgesetztem Vertragsbruch die Sperre verhängt. Die organisierten Arbeiter, insbesondere aber die Bauarbeiter...

Einige Pfälzer Arbeiter, Landsleute von Schachtmeister Nohe, leisten Kausreißerdienste. Solche Leute sind im Karlsruher Baugewerbe seltene Erscheinungen...

Deutscher Bauarbeiterverband Karlsruhe. Die Zweigvereinsleitung.

Bürgerauschussführung. Noch einmal wird der Bürgerauschuss zu einer Sitzung einberufen...

Vortrag Reimes. In unserem gestrigen Bericht über den Vortrag des Genossen Reimes ist ein sinnenfälliger Fehler enthalten...

Von der Technischen Hochschule. Der betriebsleitende Ingenieur am mechanischen Laboratorium...

Stipendium. Aus der Ernst Bloch-Stiftung in Karlsruhe zur Unterstützung junger Leute...

Abgemessene Volksunterrichtskurse Karlsruhe. Von einem schönen Aufschwung kann der jeben ersichene Bericht über den 7. Lehrgang...

Dem äußeren Gemwand entsprach auch die reichhaltige innere Tätigkeit. Unterricht fand statt in Algebra, Rechnen...

Verschiedene statistische Angaben vervollständigen in interessanter Weise den Bericht. Besonders interessant für uns sind die Zusammenstellungen über den Beruf der Hörer...

Es war also ein arbeitsreiches Semester, das die Kurse hinter sich haben. Mögen den kommenden Semestern gleiche Erfolge beschieden sein...

Noch ein politischer Prozeß. Am 27. Mai findet vor dem hiesigen Schöffengericht wiederum ein politischer Prozeß statt. Kläger sind die Verbandsbeamten...

Gestorben ist gestern vormittag im städt. Krankenhaus hier an den Folgen des Unfalles der 19 Jahre alte Pfälzerin Hermann Schmidt aus Eggenstein...

Veranstaltungen.

Glossum. Heute und morgen gibt die populäre Frangö Kähler Bühne ihre Abschiedsvorstellungen...

Residenztheater. Eine außerordentliche Darbietung, die man bisher nur auf Varieteebühnen sah...

Neues vom Tage.

Unglücksfälle.

Lichtenau bei Lauban, 10. Mai. Auf dem Böge-Schacht der Konfolidierten Vereinsgrube sind in der Kohlegrube...

Dannenberg, 10. Mai. Während eine 300 Personen starke Hochseilgesellschaft in Rudtipp in der Gärde beim Abendessen saß...

Der ehemalige Kriegsminister als Bischofswahl. Olmütz, 8. Mai. Der ehemalige Kriegsminister von Marokko, der Oesterreicher Johann Czerny...

London, 8. Mai. Eine politische Versammlung in Erhaon bei London, in welcher der Generalsekretär der Admiralfiliale Aramara eine Rede hielt...

Letzte Nachrichten.

Abgewiesene Beleidigungsklage.

Mannheim, 13. Mai. (Privattelegramm). Die Mannheim-„Volksstimme“ hatte i. Zt. in einem Artikel das unlautere Geschäftsgebahren der Krankenkasse...

Paris, 12. Mai. Der Untersuchungsrichter Boucard hat gestern die Voruntersuchung über das Drama im „Figaro“ abgeschlossen. Die Akten sind der Staatsanwaltschaft...

Zum sozialdemokratischen Wahlsieg in Frankreich.

Paris, 12. Mai. Die Wähler erörtern auch heute eifrig die Wahlergebnisse und deren Auswirkung auf die Parteigruppierung in der Kammer...

los alle Erwartungen ihrer Führer übertroffen hat, ist zum großen Teil der Befähigung zuzuschreiben...

Der Beibrbeitrag vor dem Schiedsgericht. Brüssel, 12. Mai. Belgien soll beabsichtigen falls die diplomatischen Verhandlungen über die Heranziehung...

Bulgarische Heeresverstärkungen. Sofia, 12. Mai. Der Kammer ist gestern ein neuer Gesetzentwurf zur Reorganisation der bulgarischen Armee...

Zur Lage in Albanien. Athen, 12. Mai. Hier verlautet, daß der Fürst von Albanien den Epiroten die Anerkennung der Freiheit der Schule...

Rom, 12. Mai. Die Inhaber der hiesigen Zigarren-geschäfte sind im höchsten Grade unzufrieden mit verschiedenen vom Fiskus getroffenen Bestimmungen...

Die Kämpfe in Albanien. Balona, 12. Mai. Am 7. d. M. ist Colonia nach harten Kämpfen von den albanischen Gendarmen wieder eingenommen...

Zur Lage in Mexiko. Tampico, 12. Mai. Mehrere Petroleumreservoirs stehen infolge des Bombardements in Flammen...

Bearbeiter-Ausperrung. San Francisco, 12. Mai. Im Baugewerbe ist eine 25 000 Arbeiter umfassende Ausperrung erklärt...

Briefkasten der Redaktion. Nach Auenheim. In Gemeinden unter 2000 Einwohnern werden notwendig werdende Ergänzungen...

Verschiedene Proteste. Das Wort „Integrale“ stammt vom lateinischen integer = unversehrt, unbescholten. „Integrale“ (Unbescholtene) nennen sich diejenigen Katholiken...

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Letzte Nachrichten, Gesellschaftliches und Soziales: Hermann Kadel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Inserate: Gustav Krüger...

Wasserstand des Rheins. 13. Mai. Schusterinsel 3.15 m, Gef. 0.0m, Rehl 3.83 m, Gef. 12.0m, Barau 5.67 m, Gef. 4.0m, Mannheim 5.16 m, Gef. 24.0m.

### Sozialdem. Verein Karlsruhe. Frauensektion.

Mittwoch, den 13. Mai, abends 7/9 Uhr, findet im „Salmen“ Ludwigsplatz,

#### Frauenversammlung

hat mit Vortrag des Stadtverordneten Gen. Rothweiler über Volkshunst u. deren soz. Bedeutung für die Arbeiterklasse um zahlreiches Erscheinen der Genossinnen und Genossen erachtet

Der Vorstand.

### Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher und Tüncher Deutschlands. Achtung! Maler. Achtung!

Am Donnerstag, den 14. Mai 1914, abends 6 Uhr, sofort nach Feierabend, findet im Saale der Restauration „Auerhahn“, Schützenstraße 52, eine

öffentliche

### Maler-Versammlung

Tagesordnung:  
Der Widerstand der Unternehmer gegen die soziale und kulturelle Besserstellung unserer Berufskollegen.

Referent: Kollege Otto Streine-Damburg, stellvertretender Verbandsvorsitzender.

Kollegen! Zum Besuch dieser Versammlung muß geöffneter Anmarsch von den Arbeitsplätzen erfolgen. Sorge jeder für pünktigen Besuch!

Die Bezirksleitung und Filialverwaltung.

### Restaurant „Goldener Adler“ Spezialauschank der Brauerei Kammerer. Jeden Donnerstag Schlacht-Tag.

Hochachtend Ernst Müller.

### Residenz-Theater

22 Schillerstrasse, 22  
früher „Metropol“

Mittwoch den 13. bis inkl. Freitag den 15. Mai 1914:

Première!  
Fräulein Lissi Nebuschka in Winterflirt

oder  
Endlich Allein

Lustspiel in 8 Akten.

Première.  
Liebes-Intriguen

Vaudeville in 3 Akten. Verfasst und in Szene gesetzt von R. d' Auchy.

Lebende Berichterstattung.

Aktuell aus dem Nachrichtendienst der Fa. Gaumont in Berlin-Paris-London.

Durch die vulkanische Eifel

Naturaufnahme.

Schnitz, der Schlangenbändiger

Humoreske.

Folgen der Habsucht

Drama.

Von Dienstag den 12. Mai bis auf Weiteres. Persönliches Auftreten des berühmten Entfesselungskünstlers Rolf Elleroode.

Derselbe befreit sich von jeder Polterfessel, Pack- und Gurtenfessel, Krummschliessung, Zwangsjacke, Ketten-, Polizei- u. Riemenfesselung, Durchbeißt jeden Drahtnagel, so auch Geldstücke, die ihm das Publikum selbst übergibt; hält ferner auf seinen Füssen jeden Erwachsenen bis zu einem Gewicht von 2 Zentnern, freisitzend vor einem Stuhle.

Trotz der hohen Unkosten keine Preiserhöhung, jedoch berechtigten zum Eintritt, nur an der Kasse gelöste Billette.

Von Mittwoch den 13. bis inkl. Freitag den 15. Mai 1914. Nachmittags 1/4 stündige: Speziell wissenschaftliche belehrende Vorstellungen, auch für die Jugend unter 16 Jahren von Pädagogen nur empfohlen:

Die Anatomie der Topfpflanzen. Der Flusskrebs. Die Grillen. Im Krater d. Vesuvs.

Ab 7 Uhr nur f. Erwachsene. Premiere!

Fräulein Lissi Nebuschka in „Winterflirt, oder Endlich Allein“

Lustspiel in 8 Akten. Lebende Berichterstattung

Aktuell, aus dem Nachrichten-Dienst d. Fa. Gaumont in Berlin-Paris-London.

„Durch die vulkanische Eifel“

Naturaufnahme.

„Schnitz, d. Schlangenbändiger“

Humoreske.

„Folgen der Habsucht“ Drama. Mittwoch und Samstag von 4 bis 7 Uhr hat auch die Jugend Zutritt. 956

Mittwoch — Donnerstag — Freitag

# 5450 Paar Strümpfe

## zu Extra-Preisen.

# Landauer.

957

### Konsumverein Baden-Baden und Umg. — G. m. b. H.

Samstag, den 23. Mai, abends 7/9 Uhr, in Viesers Gartenaal.

### Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:  
1. Genossenschaftliche Bildungsbestrebungen (Vortrag).  
2. Das Geschäftsergebnis im ersten Halbjahr 1913/14.  
3. Eröffnung des Ladens in der Weststadt.  
Dazu laden wir unsere Mitglieder höflich ein

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats:  
Dr. Gg. Grobbed.

### Bekanntmachung.

Die Herren Mitglieder des Bürgerausschusses beehren sich mich zu einer öffentlichen Versammlung auf Dienstag, den 19. Mai ds. Jrs., nachmittags 5 Uhr, in den großen Rathssaal einzuladen.

Tagesordnung:  
1. Herstellung des südlichen Teils der Marien-Strasse (Vorlage 34).  
2. Aenderung des Ortsstatuts über das Bestattungswesen (Vorlage 36).  
3. Verkauf von Gelände an Hofrathsbauwerkmeister Hinz in Würzburg (Vorlage 37).  
4. Grundstücksumlegung für das Gebiet zwischen Schneiders-, Gebhards- und Reichs-Strasse und der westlichen Grenze des Grundstücks Gg. Nr. 9229 und 9775 (Vorlage 38).  
5. Herstellung der Sommer-Strasse zwischen Marien- und Kriegs-Strasse (Vorlage 39).  
6. Ankauf der Grundstücke Gg. Nr. 4840 und 4875 (Vorlage 40).  
7. Erstellung einer Verladebrücke nebst Drehkran und Siebwerk am Rheinhafen (Vorlage 41).  
8. Beschaffung von Motor- und Anhängerwagen für die städtische Straßenbahn (Vorlage 42).  
9. Pflanzung mehrerer Straßen (Vorlage 43).  
10. Herstellung der Römer-Strasse zwischen der Turner-Strasse und der Südgrenze des Grundstücks Gg. Nr. 16 184 d (Vorlage 44).  
11. Gewährung einer Geldbeihilfe an den Verein für naturgemäße Lebens- und Heilweise — Naturheilverein — (Vorlage 45).

Karlsruhe, den 11. Mai 1914. 958

Der Oberbürgermeister:  
Siegfried Lacher.

### Schneider-Gesuch!

Tüchtige erstklassige Großstückmacher finden sofort Beschäftigung.

B. Bang, Karlsruhe, Amalienstraße 39. 964

### Die Wirtschaft „Zur Platane“

Rüppurrerstraße 38 in Karlsruhe  
ist per 1. Juli an tüchtige, kautionsfähige Wirtsleute zu vermieten. 965  
Anfragen an Brauerei A. Prink erbeten.

### COLOSSEUM

Täglich 8 Uhr. Prang's Kölner Bühne! Nurnoch 3 Tage!  
Das Tollste vom Tollen!

### Madame Knaster

Der Gipfel des Lacherfolges! 960

### Blinden-Arbeit.

Stühle werden dauerhaft und schön gekocht. Blinden-Vereinigung von Karlsruhe und Umgebung  
Amalienstraße 24. 959

Hier Konfektions-Haus „Merkur“ Karlsruhe, 60 Kaiserstr. 60

Anzüge neueste Muster 11<sup>00</sup>  
M 42-35-28-22-16-

Leinen-Joppen 1<sup>25</sup>  
M 6-4.90 3-2.75 2-

Lüstre-Joppen 3<sup>75</sup>  
M 12-10-8.50 6-

Knaben-Anzüge 3<sup>00</sup>  
M 12-9-6-4.80

Konfektions-Haus 950  
„Merkur“ 60 Kaiserstrasse 60  
Bitte genau auf die Hausnummer achten.

# Viel Geld

sparen kluge Herren, wenn Sie zu Pngsten Ihren Bedarf decken im

## Konfektionshaus Merkur

nur **Durlach** Ecke Haupt- u. Gritznerstrasse

Passend für Schlanke und Korpulente

Anzüge, 1- und 2reihig . . . von 13.50 bis 20.50  
 Anzüge, Ersatz f. Mass, 1- u. 2reih. . . 23.50 " 45.—  
 Moderne Beinkleider . . . 2.90 " 8.50  
 Gummi-Mäntel, wasserd. garant. . . 13.— " 26.50  
 Bozener Mäntel, wasserd. impr. . . 8.50 " 28.50  
 Pelzerinnen, wasserd. imprägniert . . 5.50 " 15.50  
 Moderne Westen, einfarb. u. bunt . . 2.50 " 7.50

Grosse Auswahl!

Kinder-Wasch-Anzüge . . . von 2.50 bis 12.—  
 Kinder-Stoff-Anzüge . . . von 3.50 bis 14.—  
 Hüte, Mützen, Kragen, Krawatten, Hosenträger,  
 Einsatzhemden, Socken, Normalwäsche, Regen-  
 schirme, Stöcke. 960

Berufs-Kleidung, grosse Auswahl.  
 Gestrickte Kinder-Anzüge.

## Konfektionshaus Merkur

Nur  
 Ecke Haupt- u. **Durlach** Ecke Haupt- u.  
 Gritznerstrasse Gritznerstrasse  
 Sonntags geöffnet von 7-9 Uhr und von 11-2 Uhr.  
 Dieses Geschäft hat keine Filialen.

## Beton- oder Zimmerpolier

gesucht  
 nach Rastatt für 6000 qm  
 Schalung  
 mit Colonne.  
 Offerten unter Nr. 946 an  
 die Exped. des „Volksfreund“.

## Staliener zc.

für Betonarbeiten nach Rastatt  
 für diesen Sommer gesucht.  
 Offerten unter Nr. 946 an  
 die Exped. des „Volksfreund“.

## Pfannkuch & Co

Frühling eingetroffen:  
 Neue, gelbe, feinste  
 Süd-Staliener

## Kartoffeln

3 Pfund 40.  
 10 Pfund 1.30

Ein weiterer Wagon  
 neue

## Sommer-Matta-Kartoffeln

3 Pfund 50.  
 10 Pfund 1.60

## Neue Ägypter Zwiebeln

p. Pfund 17.  
 10 Pfund 1.65

Centner 16.—

## Pfannkuch & Co

G. m. b. H.  
 in den bekanntesten  
 Verkaufsstellen

## Schlosser

Gesucht einen tüchtigen  
 oder Installateur, welcher auf  
 großer Baustelle in Muggensturm  
 den ganzen Sommer alle vor-  
 kommenden Arbeiten, auch an  
 Motoren zc., erledigen kann,  
 sofort gegen hohen Lohn.  
 Offerten unter Nr. 963 an  
 die Expedition des „Volksfreund“  
 erbeten.

## Gesucht nach Basel für Küche und Haushalt, braves tüchtiges Mädchen.

Guter Lohn, Reisevergütung, Of-  
 ferten, Zeugnisse unter Chiffre  
 B. H. 493 an die Expedition  
 des Blattes. 961

## Größere Posten Herrenkleiderstoff-Reserve

in nur ausgelesenen in Quali-  
 tät sind enorm billig abzugeben  
 Kaiserstraße 133 1 Treppe  
 hoch  
 Ecke Kaiser- und Kreuzstraße  
 (Eingang bei der kleinen Kirche).  
 Anarbeiten von Westen u.  
 Postermöbeln  
 werden am besten und billigsten  
 besorgt im Postler-Geschäft H.  
 Köhler, Schützenstr. 25. 8707

## Eilt! Eilt!

### 1. Grosse Karlsruher Geld-Lotterie

z. Erbauung eines Seminars  
 f. Haushaltg.-Lehrerinnen.  
 Ziehung garantiert 28. Mai.  
 1718 Geldgew. ohne Abzug  
**19000 M.**  
 Hauptgewinn bar Geld  
**10000 M.**

### 51. Offenburger Lotterie

Ziehung garantiert 4. Juni.  
 Gesamtwert der Gewinne:  
**30 000 M.**  
 14 Gewinne:  
**15 000 M.**  
 586 Gewinne  
**15 000 M.**

Obige Lose je Mark 1.—  
 (11 L. 10 M., Porto u. Liste je  
 25 Pfg.) empfiehlt und ver-  
 sendet Lott.-Unternehmer

## J. Stürmer

Strasbourg 1. E., Langstraße 107.  
 Filiale: Kohl a. Rh., Hauptstr. 47.  
 In Karlsruhe: Carl Götz,  
 Hebelstr. 11/15, E. Flöge,



Es soll in dem Sport zum Landbau  
 wenn sie Markt Lissau  
**Ringsport**  
 Morgens für alle Frauen  
 im Landbau  
 Ganz frisch vom Block  
 überall erhältlich

Jurgens & Prinzen G.m.b.H. Goch (Rhd.) **SOLO** in  
 Fabrikanten der altbewährten Marke Carton

# Die Wahrheit

Kein Reklameverkauf  
 Kein Propagandaverkauf  
 Keine sogenannten Serienverkäufe  
 Keine Ausnahme-Tage  
 Keine 95 Pfg.-Tage  
 Keine Sonder-Tage

aber jederzeit, während  
 des ganzen Jahres Verkauf  
 nur guter gediegener Waren  
 zu möglichst billigen Preisen ist oberster  
 Grundsatz eines jeden **Spezial-  
 Geschäftes.**

Rabatt-  
 Spar-Verein  
 Karlsruhe

Detailisten-  
 Vereinigung  
 von Karlsruhe

## HERDE



in Email und schwarz lackiert,  
 erstkl. Fabrikate. Billige Preise.  
 Teilzahlung gestattet.

A. Schwinn, Steinstraße 25  
 Telefon 3578 am Ländleplatz

## Wasche mit Henkels Bleich-Soda

Ich kaufe und verkaufe fort-  
 während getragene Herren- u.  
 Damenkleider, Schuhe und  
 Stiefel, aber nur gute Sachen,  
 zu billigen Preisen. 8971

## Möbel

aller Art kaufen Sie am billig-  
 sten in enormer Auswahl bei  
**Jos. Kirmann,**  
 Herrenstraße 40. 8100  
 Lager in 5 Städtchen.  
 NB. Ansicht ohne Kaufzwang.

## Elektro-Motor

für Stromort Muggensturm, alt  
 oder neu, zu kaufen gesucht.  
 Desgleichen ein 1 S.P. auch  
 dafelbst.  
 Offerten unter Nr. 946 an  
 die Exped. des „Volksfreund“.

Verkaufe fortwährend gut  
 erhalt. Herren-  
 und Frauenkleider, gut ge-  
 machte Schuhe, Stiefel in ei-  
 gener Schuhmacherwerkst. 8970  
 Frau Streckfuß Durlacher-  
 Straße 79.

## Arbeitsvergebung.

Im Auftrage des Stadtrates  
 der Haupt- und Residenzstadt  
 Karlsruhe habe ich nachstehende  
 Bauarbeiten für die Stadthof-  
 bauten am neuen Bahnhofsplatz  
 hier zu vergeben und zwar:

1. Gießer- und Verputzarbeiten
2. Malerarbeiten
3. Molladenlieferung 906
4. Schreinerarbeiten
5. Anschlagarbeiten zu 2 u. 4
6. Schlosserarbeiten.

Zeichnungen und Angebots-  
 formulare können bei Unter-  
 zeichnetem eingesehen bzw. ab-  
 geholt werden. Dasselbst sind auch  
 die Angebote bis zum 15. Mai  
 d. J., nachmittags 5 Uhr, mit  
 entsprechender Aufschrift versehen  
 einzureichen.

Die Eröffnung findet statt:  
 für Gießerarbeiten, Malerarbeiten  
 u. Molladenlieferung Freitag,  
 15. Mai d. J., nachm. 5 Uhr;  
 für Schreiner-, Anschlag- und  
 Schlosserarbeiten 15. Mai d.  
 J., nachmittags 1/6 Uhr.  
 Karlsruhe, den 8. Mai 1914.  
 W. Wittali, Architekt B.D.A.,  
 Kaiserstraße 225 III.

## Mühlburg.

### Richard Horn

Damen- und Herren-  
 Friseur-Geschäft:  
 Beste und preiswerte Bedienung.  
 Anfertigung aller Haararbeiten.

Rheinstraße 30.

Kinderwagen gut erhalten,  
 billig zu ver-  
 kaufen. Wielandstr. 24, III. I.

Bett billig zu verkaufen. Geb-  
 hardstr. 68, I. Stod,  
 Weiertheim.

Lassen Sie sich die 5 Pfg. nicht  
 geruen und verlangen Sie meine  
 Preisliste über Neuheiten von

Kinder- und  
 Klappwagen  
**A. Jörg,** Karlsruhe i. B.  
 Amalienstr. 59, 2

## Kuh- u. Pferdedecken

von Mk. 1.50 an  
 kaufen Sie  
 besonders vortel-  
 haft im  
**Kaufhaus**  
 Zapf  
 Zell a. H.

## Rucksäcke

für Kinder u. Erwachsene  
**Rucksackstüben**

**Sport-Taschen**

**Gamaschen**

**Hosenträger**  
 bekannt solid und billig.

## Kofferhaus

Geschw. Lämle  
 Kronenstr. 51.

## Spiegel mit Konsole

zu kaufen gesucht.  
 Näh. Verhardstr. 8, 4. St. z.

## Kinderwagen

m. Ridelgest,  
 gut erb., ein  
 ovaler Tisch, billig zu verkaufen  
 Morgenstr. 51, 4. St. z.

## Pfannkuch & Co

Unser fünfter Wagon

## Marmeladen

Wchten Sie bitte  
 auf Qualität!

Neu eingeführt:  
 Zwei-Pfund-  
 Kinder-Spieleimer  
 in allen Sorten.

## Gemischte

Pfund 30 Pfg.  
 2 Pfund 65 Pfg.  
 5 Pfund 1.35

## Pflanzen

Pfund 34 Pfg.  
 2 Pfund 75 Pfg.  
 5 Pfund 1.60

## Mirabellen

Pfund 45 Pfg.  
 2 Pfund 1.—  
 5 Pfund 2.—

## Erdbbeer

Pfund 55 Pfg.  
 2 Pfund 1.10  
 5 Pfund 2.50

## Aprikosen

Pfund 50 Pfg.  
 2 Pfund 95 Pfg.  
 5 Pfund 2.25

## Helvetia-Confituren

in Dosen und Gläsern.  
 Rheinisches  
**Apfelkraut**  
 1 Pfund 55 Pfg.  
 5 Pfund 2.25

## Pfannkuch & Co

G. m. b. H.  
 in den bekanntesten  
 Verkaufsstellen

1 Pfund 55 Pfg.  
 5 Pfund 2.25

## Pfannkuch & Co

G. m. b. H.  
 in den bekanntesten  
 Verkaufsstellen

1 Pfund 55 Pfg.  
 5 Pfund 2.25

Die  
 E  
 herrsch  
 so weit  
 lichsten  
 herbor,  
 Wahrhei  
 den Ver  
 Die Sch  
 gangene  
 der „St  
 schrittler  
 zum Bo  
 Linie do  
 während  
 Doctrina  
 berjuden  
 fertigen,  
 einer So  
 den es f  
 religiose  
 ganz jell  
 garantier  
 National  
 ist ein W  
 zipienloß  
 doch noch  
 D i i i d  
 Artikelfä  
 aufwirft  
 Minister  
 mit den  
 montanis  
 zwar dur  
 National  
 nischer W  
 tiven, die  
 gefächts  
 die K o r  
 r a l e n  
 ralen au  
 National  
 wurf ma  
 „christlich  
 von diese  
 Auffassun  
 steht ja d  
 und For  
 ralen un  
 die Erste  
 dene, d. l  
 während  
 Minister  
 t r u m s  
 Standpun  
 eben f e i  
 und Meli  
 der ungel  
 die Sch u  
 Schule fo  
 geben, ei  
 Unding  
 Post“ au  
 „christlich  
 guenter  
 ferngehal  
 Das ist  
 und b o  
 Standpun  
 tes der A  
 des J e n  
 Deutschl  
 also gar  
 vorzuwer  
 prinzipiel  
 leibt und  
 schlagen  
 der nati  
 gen der  
 kann sich  
 nicht auf  
 auftraffen  
 liberalis  
 bleibt ihm  
 im Dien  
 den künft  
 brauchen